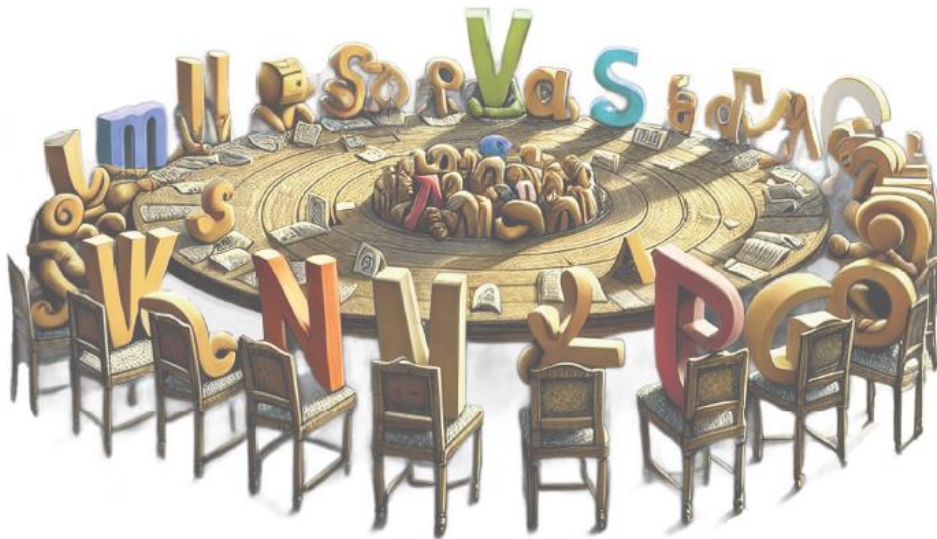


 TAGUNG

Sprach(en)politik in Deutschland

Perspektiven auf Sprachminderheiten- und
Mehrsprachigkeitskonstellationen



Gestaltung: Norbert Cußler-Volz (IDS) unter Verwendung einer KI-generierten Grafik von shutterstock.com. © IDS Mannheim/ÖA

4.-6. September 2024

Abstracts

Hinweis:

Die nachfolgenden Abstracts sind alphabetisch in absteigender Reihenfolge nach den Nachnamen der (Erst-)Autor/-innen sortiert.

Kooperative Erwerbs- und Vermittlungsplanung am Beispiel des Lehrnetzwerk Niederdeutsch vermitteln (LeNie)

Birte Arendt (Greifswald) / Andreas Bieberstedt (Rostock) / Anne Hertel (Greifswald)

Die zunehmende schulische Vermittlung der Regionalsprache Niederdeutsch stellt die universitäre Lehre im Sinne der Ausbildung zukünftiger Niederdeutschlehrer*innen vor gesteigerte Herausforderungen quantitativer und qualitativer Art. Diese betreffen sowohl die Lehrkapazitäten als auch die Lehrinhalte, -ziele und -formate. Weitere Anforderungen bilden darüber hinaus die Digitalisierung von Lehr-Lern-Prozessen sowie hochschuldidaktische Ansprüche an interuniversitäre Lehr-Kooperationen. Das Lehrnetzwerk Niederdeutsch vermitteln (LeNie) reagiert auf dieses dreifache Anforderungsprofil in innovativer Weise. LeNie ist ein Zusammenschluss von 33 Mitgliedern aus 16 Universitäten, welcher sich die Vermittlung der Regionalsprache Niederdeutsch zum Ziel gesetzt hat. Seit 2023 wird das Lehrnetzwerk von der Stiftung Innovation in der Hochschullehre umfassend gefördert. In seiner interuniversitären, kooperativen Form möchte das Lehrnetzwerk die universitäre Lehre in der Lehrkräfteausbildung stärken und hierfür unter anderem digital gestützte Lehr-Lern-Formate erproben und OER erstellen. Das Projekt betritt somit in mehrfacher Hinsicht hochschuldidaktisches Neuland und trägt in seiner innovativen Form sowohl zur Sicherung der Regionalsprache als auch zur Erwerbs- und Vermittlungsplanung des Niederdeutschen bei. Gleichzeitig sollen Impulse für die Universitäten im Bereich anderer sogenannter 'kleiner Fächer' gesetzt werden. Basierend auf den bisherigen Netzwerk-Veranstaltungen und Erfahrungen wird der Nutzen eines Lehrnetzwerks für die kooperative Erwerbs- und Vermittlungsplanung für das Niederdeutsche diskutiert. Der Vortrag konturiert zunächst die sprachliche und bildungspolitische Ausgangslage in Bezug auf die Regionalsprache Niederdeutsch, anschließend werden die Ziele und Arbeitsweise von LeNie skizziert sowie erste Ergebnisse, unter anderem in Form digitaler Lehrformate präsentiert.

Die deutsche Sprachpolitik und ihre Auswirkungen auf die Linguistic Landscape der sorbischen/wendischen Lausitz

Evan Bleakly (Chóšebuz/Cottbus)

Ober- und Niedersorbisch sind anerkannte Minderheitensprachen in der Bundesrepublik Deutschland. Um diese Sprachen zu bewahren, bestehen verschiedene Gesetze und Verordnungen, die sowohl das Recht auf ihre Verwendung in der Öffentlichkeit gewährleisten als auch sorbischsprachige Medien sowie vielfältige Bildungsangebote in den sorbischen Sprachen und über sorbische Sprache und Kultur ermöglichen. Besonders interessant für den Stellenwert dieser Minderheitensprachen in der Öffentlichkeit ist das gesetzlich verankerte Recht auf zweisprachige Beschilderungen auf öffentlichen Gebäuden, Straßen und Ortstafeln in dem sogenannten sorbischen Siedlungsgebiet. Solche Beschilderungen tragen zur sogenannten Linguistic Landscape bei. Die Linguistic Landscape ist im Grunde genommen die Gesamtheit der im öffentlichen Raum eines Ortes oder einer Region sichtbaren Texte. Die Rolle der sorbischen Sprachen in den brandenburgischen und sächsischen Linguistic Landscapes ist bereits mehrfach untersucht worden und aktuell läuft hierzu das Langzeitprojekt "Sorbische Elemente der Sprachlandschaft Niederlausitz" am Sorbischen Institut in Cottbus/Chóšebuz. Für dieses Projekt, wie auch für andere Linguistic-Landscape-Analysen in der Region, ist ein vertieftes Verständnis der in Deutschland geltenden Rechtsvorschriften zur Förderung der sorbischen Sprachen unerlässlich. Diese Sprachpolitik wird umso komplizierter, weil die Zuständigkeiten bei verschiedenen Verwaltungsebenen liegen (Bund, Länder, Landkreise und Kommunen). Da das sorbische Siedlungsgebiet zwischen dem Land Brandenburg und dem Freistaat Sachsen aufgeteilt ist, werden betreffende Abschnitte aus Gesetzen, Satzungen und Verordnungen auf Land-, Landkreis- und Kommunalebene beider Bundesländer in diesem Beitrag vorgestellt, die einen realen oder potenziellen Effekt auf die Linguistic Landscape haben. Abschließend werden Beispiele aus der brandenburgischen und sächsischen Linguistic Landscapes gezeigt, um darzustellen inwieweit diese Gesetze und Regelungen in der Realität angewendet werden.

Sprachenpolitische Prozesse in der Lehrkräftebildung in Nordrhein-Westfalen zwischen Makro- und Mikro-Ebene

Caroline Böning (Duisburg-Essen)

Im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen ist sprachliche Bildung im Kontext von Mehrsprachigkeit ein verbindlicher Bestandteil der Professionalisierung von Lehrkräften und curricular fest in Studium und Vorbereitungsdienst implementiert (Schroedler & Lengyel 2018). Die präsentierte Studie beschäftigt sich mit sprachpolitischen Mechanismen im Vorbereitungsdienst, der sich als schulpraktische Phase der Lehrkräftebildung an das Lehramtsstudium anschließt. Angehende Lehrkräfte unterrichten hier an einer Ausbildungsschule und besuchen wöchentlich methodisch-didaktische Seminare an ‚Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung‘. Die curricularen Vorgaben des Vorbereitungsdienstes beinhalten auf der Makro-Ebene des lehrkräftebildenden Systems in Nordrhein-Westfalen diverse Vorgaben zu sprachlicher Bildung und Mehrsprachigkeit für die Professionalisierung der angehenden Lehrkräfte, unter anderem die „Wertschätz[ung von] Mehrsprachigkeit“ oder die „Bildungs- und Erziehungsarbeit [...] in multilingualen Kontexten“ (Ministerium für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen 2021, S. 6). Über diese Rahmenvorgaben hinaus ist allerdings nahezu nichts über die praktische Ausgestaltung bekannt.

Das präsentierte Promotionsprojekt beschäftigt sich daher unter anderem mit der Frage, wie sprachpolitische Prozesse und Mechanismen im Vorbereitungsdienst durch die praktische Ausgestaltung dieser curricularen Rahmenvorgaben auf unterschiedlichen Ebenen im lehrkräftebildenden System stattfinden. Die Forschungsfrage wird durch eine Mixed-Methods-Studie in drei Schritten bearbeitet: eine curriculare Dokumentenanalyse (Makro- und Meso-Ebene), Expert*inneninterviews (Meso-Ebene) und eine Umfrage mit Ausbilder*innen (Mikro-Ebene). Die Analyseergebnisse werden sprachpolitisch diskutiert und auf das Bildungssystem sowie die erste Phase der Lehrkräftebildung zurückbezogen.

Vorläufige Ergebnisse zeigen unter anderem, dass im Vorbereitungsdienst insgesamt eine weitestgehend differenzierte und affirmative Wahrnehmung von Mehrsprachigkeit als Voraussetzung für den Unterricht vorherrscht. Darüber hinaus werden die curricularen Rahmenvorgaben im Hinblick auf sprachbildende Methoden in der Ausbildungspraxis eher nach einer monolingualen Norm ausgerichtet. Sprachliche Bildung über die Förderung bildungssprachlicher und fachsprachlicher Register hinaus sowie eine ressourcenorientierte Perspektivierung von Mehrsprachigkeit als Bildungsziel scheinen zwar als Idee wahrgenommen, jedoch noch nicht konkret in der Lehrkräftebildung umgesetzt zu werden.

Literatur:

- Ministerium für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen (2021). Kerncurriculum für die Lehrerausbildung im Vorbereitungsdienst. Verbindliche Zielvorgabe der schulpraktischen Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen
- Schroedler, T. & Lengyel, D. (2018). Umgang mit sprachlich-kultureller Heterogenität im Fachunterricht – Was kann die erste Phase der Lehrerbildung leisten?. SEMINAR 4/2018 Interkulturelles Lernen in Schule und Seminar. S. 6-20.

Der Kanon schulischer Fremdsprachen:

Eine sprachpolitische Exploration

Marlene David / Tobias Schroedler / Katja F. Cantone (Duisburg-Essen)

Im Kontext curricularer Mehrsprachigkeit lernen gut 82% aller Kinder und Jugendlicher in Deutschland in der Schule Englisch, 15,3% lernen Französisch, 6,4% lernen Latein und 5,9% lernen Spanisch (Destatis 2023). Der schulische Fremdsprachenkanon ist bundeslandabhängig – in NRW kommen zu den o.g. Sprachen noch Chinesisch, Hebräisch, Griechisch, Italienisch, Japanisch, Niederländisch, Russisch, und Türkisch hinzu (MKW NRW, 2024), welche jedoch jeweils von weniger als 1% aller Schülerinnen und Schüler gewählt werden. Gründe für die Dominanz des Englischen sind hinreichend beschrieben und kritisiert (z.B. Lanvers 2018, Coulmas 2005). Französisch als „alte Weltsprache“ und Sprache der Aristokratie und der Diplomatie vor dem ersten Weltkrieg wird in Deutschland aufgrund des Elysée Vertrags zur Deutsch-Französischen Freundschaft politisch eine wichtige Rolle beigemessen (Gilzmer et al. 2014).

Fragen danach, wie der schulische Fremdsprachenkanon darüber hinaus gestaltet ist bzw. gestaltet werden könnte, sind jedoch komplex. In der Betrachtung des Schulfremdsprachenkanons NRW (s.o.) ließen sich eine Reihe von Gründen bzw. Motiven sowohl zum Angebot als auch zur Nachfrage jeder einzelnen Sprache historisch, kulturell, geografisch, usw. aufzählen. Um jedoch zu ergründen, in welchem Ordnungsverhältnis die schulischen Fremdsprachen zueinanderstehen, ist eine systematische Betrachtung schulrechtlicher und schulischer Sprachenpolitik unumgänglich.

Ausgehend vom Beispiel NRW stellt dieser Beitrag zunächst eine aufbereitete Analyse schulrechtlicher Dokumente und gesetzlicher Vorgaben (Schulgesetz und landesweite Verordnungen) zu Entscheidungsmechanismen (Entscheidungsträger, Gremien und deren Funktion) vor, die schulische Sprachplanung bestimmen. Darauf aufbauend werden leitfadengestützte Interviews mit ausgewählten Schul- und Abteilungsleitungen (z.B. Lehrkräften, die leitend in der Beratung zur Sprachwahl tätig sind) geführt. Diese qualitative Teilstudie strebt an, eine Reflektion der o.g. sprachpolitischen Entscheidungsstrukturen aufzudecken und Antworten zur Rolle der wenig gelernten Sprachen zu erhalten. Die im Vortrag vorgestellte Studie fokussiert hierbei, wie die Vorgaben und Handlungsmöglichkeiten schulseitig wahrgenommen werden, welche Mechanismen und Argumentationen hinsichtlich schülerseitiger und elterlicher Beratung im Kontext der Wahl von Fremdsprachen vorgebracht werden, und welchen Logiken die Reihenfolge der angebotenen Fremdsprachen schulseitig unterliegt.

Literatur:

- Coulmas, F., 2005. Changing language regimes in globalizing environments, *International Journal of the Sociology of Language* 175/176, pp: 3-15.
- Gilzmer, Mechthild, Hans-Jürgen Lüsebrink, Christoph Vatter: 50 Jahre Elysée-Vertrag (1963–2013) / Les 50 ans du traité de l'Elysée (1963–2013): Traditionen, Herausforderungen, Perspektiven / Traditions, défis, perspectives. transcript Verlag, 2014.
- Lanvers, U. (2018). Public debates of the Englishization of education in Germany: A critical discourse analysis. *European Journal of Language Policy* 10(1), 39-76. <https://www.muse.jhu.edu/article/690797>.
- Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen: MSB NRW (2024). Fremdsprachen. Verfügbar: <https://www.schulministerium.nrw/fremdsprachen>
- Statistisches Bundesamt/Destatis (2023). Schüler mit Fremdsprachenunterricht. 21111-0006. Verfügbar: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?language=de&sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=21111-0006#abreadcrumb>

Sprach(en)politik in Deutschland:

Kritische Reflexionen der Theorie und Praxis

Vít Dovalil (Prag)

Im Vortrag präsentiere ich einen synthetischen Blick auf die Sprach(en)politik in Deutschland als ein Selbstregulierungssystem bzw. als Zusammenspiel verschiedener Verhaltensweisen unterschiedlicher Akteure zur Sprache. Die Makroperspektive steht im Vordergrund. Aus Gründen auseinandergender Auffassungen (z. B. Marten, Spolsky, Gazzola et al., Grin, Neustupný/Jernudd oder Kimura) werden einleitend die Begriffe *Sprach(en)politik* und *Sprachproblem* geklärt und dabei die wichtigsten Gemeinsamkeiten identifiziert. Diese konzeptuelle Diskussion geht vom metasprachlichen Charakter als gemeinsamem Nenner der präsentierten Ansätze aus. Sprachprobleme werden als soziale Probleme klassifiziert. Als zentral stellt sich dabei die Frage, wer die Sprachprobleme identifiziert und aus *etwas* diskursiv *ein Sprachproblem* schafft, welches die politischen Diskussionen überhaupt auslöst und deren Entwicklung weitertreibt. Der Vortrag geht nicht nur auf explizit formulierte Formen der Sprach(en)politik (*overt policy*) ein, sondern auch auf die weniger sichtbaren Gestalten politischer Aktivitäten, die nicht unter allen Umständen in Dokumenten wie z. B. in Gesetzen oder anderen für verbindlich gehaltenen Texten präzise ausformuliert sein müssen (*covert policy*). Die Schlussfolgerungen dieser Diskussion werden für die Strukturierung des praxisbezogenen Teils des Vortrags verwendet. Im Fokus liegen die Bereiche der Korpusplanung (Fortsetzung der Standardisierung, Fragen der Rechtschreibung), der Statusplanung (Stellung des Deutschen in Deutschland, Sprachverbreitungspolitik, Deutsch im Ausland) wie auch der Erwerbsplanung (Probleme mit Mehrsprachigkeit innerhalb Deutschlands). Anschließend werden Voraussetzungen für erfolgreiche Sprach(en)politik diskutiert. Als Ausgangspunkt dienen die sozioökonomischen bzw. soziokulturellen Umstände, auf deren Beeinflussung zugunsten der sprach(en)politischen Ziele sich die politischen Aktivitäten konzentrieren sollten. Dieser sozioökonomische Bereich stellt eine Voraussetzung für günstige Bedingungen der kommunikativen Praktiken dar, an die die Erweiterung der Sprachkenntnisse anknüpfen kann.

Jenisch(e) – Versuch der Anerkennung als Minderheit(ensprache)

Christian Efing (Aachen)

Die Sprechergruppe der Jenischen und ihr jahrhundertealter Soziolekt *Jenisch* sind in Deutschland fast unbekannt. In der Schweiz ist die transnationale europäische Gruppe (vgl. Bader 2007) hingegen anerkannt, das Jenische als Sprache steht unter dem Schutz der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen (Efing 2019).

Seit der Jahrtausendwende intensivieren die Jenischen ihre Bemühungen, auch in Deutschland (und Österreich) als Minderheit anerkannt zu werden und in den Genuss des Schutzes ihrer „Sprache“ nach der Europäischen Charta zu kommen. Die Jenischen, viele Hundertausende in Europa, haben nach 2004 erneut in 2023 beim Bundestag einen Antrag auf Anerkennung als Minderheit und Schutz ihrer Sprache und Kultur gestellt; der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat zwei Dossiers zur sprachwissenschaftlichen Erforschung des Jenischen sowie zur Gruppe der Jenischen erstellt – die davon zeugen, dass Wissenschaft und Politik kaum etwas über die jenische Kultur und Sprache wissen. Dabei gibt es prominente Vertretergruppen (etwa Schausteller, Efing 2004) und in den letzten Jahren wurde das Jenische auch linguistisch intensiver erforscht und typologisch eingeordnet (Efing 2009). Selbst in der Belletristik treten Jenische vermehrt auf – sogar mit ihrem Anliegen der sprachlichen und Minderheiten-Anerkennung (Efing/Arich-Gerz 2017: Kap. 4; Vater 2023).

Der Vortrag stellt das Jenische linguistisch (inkl. der Bemühungen und Diskussionen der Jenischen selbst um eine Normierung, Efing 2012) vor und arbeitet den Kampf der Jenischen um ihre und die Anerkennung ihrer Sprache auf.

Literatur:

- Bader, Christian (2007): *Yéniches. Les derniers nomades d'Europe. Suivi d'un lexique yéniche-français et français- yéniche*. Paris.
- Efing, Christian (2004): *Jenisch unter Schaustellern. Mit einem Glossar aus schriftlichen Quellen*, Wiesbaden: Harrassowitz (Sondersprachenforschung 10).
- Efing, Christian (2009): *Die Stellung der Sondersprachen im Varietätengefüge des Deutschen - mit besonderem Fokus auf die Rotwelsch-Dialekte des Deutschen*, in: *Geheimsprachen in Mittel- und Südosteuropa*, hrsg. von Christian Efing und Corinna Leschber. Frankfurt/Main u. a.: Peter Lang, S. 9-40.
- Efing, Christian (2012): „Schäft a latscho Seite“ – Geheimsprachliches im Internet, in: Braun, Christian (Hrsg.): *Sprache und Geheimnis. Sondersprachenforschung im Spannungsfeld zwischen Arkanem und Profanem*. Berlin: Akademie Verlag, S. 159-186.
- Efing, Christian (2019): *Jenisch*, in: Duke, Janet (Hrsg.): *EuroComGerm. Germanische Sprachen lesen lernen. Seltener gelernte germanische Sprachen*. Düren: Shaker, S. 99-125.
- Efing, Christian/Arich-Gerz, Bruno (2017): *Geheimsprachen. Geschichte und Gegenwart verschlüsselter Kommunikation*. Wiesbaden: Marix.
- Vater, Klaus (2023): *Kleine Furcht. Roman*. Bonn.

Korpus, Status und Erwerb: Probleme, Herausforderungen und deren Lösungen beim Sprachausbau des Niederdeutschen

Christiane Ehlers (Hamburg) / Kevin Behrens (Bremen)

Auch wenn aktuelle Zahlen andeuten, dass sich die Sprecherzahl leicht stabilisiert, sind die diastratischen Auswirkungen des Rückgangs aus dem letzten Jahrhundert stark zu spüren. Die Sprache wurde zuletzt kaum von der Eltern- an die Kindergeneration weitergegeben und ein aktives Eingreifen scheint kaum vermeidbar zu sein, um den Sprachverlust weiter aufzuhalten. Aber nicht nur äußere Bedrohungsumstände machen den prekären Status des Niederdeutschen aus, auch innere Problembereiche wie Sprachatrophie und die Reduzierung auf wenige Domänen des Gebrauchs stellen weitere Elemente der Sprachbedrohung dar.

In unserem Vortrag orientieren wir uns an den von Cooper (1989) formulierten Säulen der Sprachenplanung – Korpus, Status und Erwerb – und nehmen diese methodische Perspektive für die Sprachpolitik des Niederdeutschen ein. Hier zeichnen sich verschiedene Probleme ab. Zum einen gibt es fast keine Sprachvorbilder aus höheren Registern außerhalb der Alltagssprache, sodass sich eine Sprachpraxis und ein Vokabular anderer Sprachfelder etablieren und von den Sprechenden angenommen werden könnte. Probleme zeigen sich bereits in der Berichterstattung, wo für einige Themen oder Konzepte keine etablierten Wörter vorhanden sind und neu geprägt werden müssten. Niederdeutsch-sprechende greifen stattdessen in immer höherem Maße, sowohl in der Alltagssprache als auch beim Gebrauch höherer Register, auf hochdeutsche Wörter zurück. Bei dieser Praxis werden auch Probleme aus den anderen beiden Säulen deutlich: Denn viele Sprecherinnen und Sprecher erfahren heutzutage keinen vollständigen Spracherwerb und weisen deshalb teils große Lücken in Lexik und Grammatik auf, die durch hochdeutsche Wörter und Strukturen gefüllt werden. Zum anderen kommt hier auch der Bereich des Status zum Tragen, denn im öffentlichen und medialen Bereich werden sogenannte “Quatschwörter” stark beworben, die durch witzige Formulierungen Emotionen der Nahheit und Verbundenheit gegenüber der Sprache erwecken sollen, aber einem ernsthaften Ausbau der Sprache entgegen wirken. Der Status als gleichrangige Sprache wird ebenfalls durch Schwachstellen bei der Umsetzung zentraler Verpflichtungen aus der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen verhindert. Die oben genannten Praktiken sind aus der Sicht von vielen Sprachakteurinnen und -akteuren keine nachhaltige Lösung für die Probleme des Niederdeutschen hinsichtlich der drei Säulen. Wir zeigen angemessene Strategien des Korpusausbaus, der Staturerhöhung und die Verbesserung der Spracherwerbsstrukturen anhand verschiedener Beispiele und Initiativen auf. Orientiert an anderen Sprachplanungsmaßnahmen bedrohter Sprachen skizzieren wir Ansätze für einen “Sprachplan Niederdeutsch”.

Literatur:

Cooper, Robert L. 1989. Language planning and social change. Cambridge: Cambridge University Press.

Sprachenpolitik in Unternehmen:

Problemaufriss und erste Ergebnisse einer Pilotstudie

Claus Ehrhardt / Elisa Maiese (Urbino)

Die wachsende Vielfalt von Sprachen und Kulturen in traditionell eher einsprachigen Institutionen und Kontexten stellt für viele Unternehmen eine vergleichsweise neue Herausforderung dar. Sie stehen vor der Aufgabe, einerseits die interne Mehrsprachigkeit, die einfach durch die Internationalität und Multikulturalität der Mitarbeitenden gegeben ist, kommunikativ zu bewältigen und in eine Ressource bzw. einen Wettbewerbsvorteil zu verwandeln und, andererseits, auf und mit internationalen, mehrsprachigen und kulturell komplexen Märkten zu kommunizieren. Als zusätzliche sprachliche Herausforderung erweisen sich Forderungen nach Inklusivität und (Gender-)Gerechtigkeit, die aus dem gesellschaftlichen Kontext an Unternehmen herangetragen werden. Diese können auf solche Ansprüche kaum nicht reagieren; ein Bestehen auf etablierten Kommunikationsformen würde ein Unternehmen in der Interaktion mit Stakeholdern stark einschränken und letztlich zu einem unerwünschten und kontraproduktiven Image führen.

Viele Unternehmen reagieren auf diese Art von sprachlichen Herausforderungen, indem sie Kommunikationsleitlinien entwerfen und verbreiten, interne Sprachtrainings anbieten, Regelungen in Bezug auf die Verkehrssprache erlassen (z.B. zwischen Zentrale und Filialen im Ausland), eine *Lingua franca* etablieren oder andere sprachpolitische Maßnahmen ergreifen, mit denen Diskriminierungen vermieden und Diversität gefördert werden soll. Das schlägt sich häufig in Compliance-Richtlinien nieder. Unklar bleibt dabei aber einerseits, inwieweit eine kohärente und konsistente sprachpolitische Strategie verfolgt wird und, andererseits, ob diese Maßnahmen im Unternehmensalltag tatsächlich realisiert werden bzw. welche Effekte sie auf MitarbeiterInnen und andere KommunikationsteilnehmerInnen haben.

Aus der linguistischen, insbesondere sprachpolitischen, Forschung liegen vereinzelte Überlegungen, Studien und Ansätze dazu vor (vgl. z.B. Spolsky 2009, Duchêne/Heller 2012 oder Sanden 2015); sowohl die Theoriebildung als auch die Empirie bedürfen aber einer Systematisierung und einer Vertiefung.

Im vorgeschlagenen Beitrag soll zuerst ein kurzer Überblick über das Forschungsgebiet und in die relevantesten Fragestellungen gegeben werden. Dann werden einige Ergebnisse einer Studie vorgestellt, die im Rahmen der Masterarbeit von Elisa Maiese erhoben werden konnten.

Literatur:

- Duchêne, Alexandre & Monica Heller (2012): „Language policy in the workplace.“ In: Spolsky, Bernard (ed.): *The Cambridge Handbook of Language Policy*. Cambridge: CUP, 321-334.
- Sanden, Guro Refsum (2015). *Language strategies in multinational corporations: A cross-sector study of financial service companies and manufacturing companies*. PhD-Thesis: Copenhagen Business School.
- Spolsky, Bernard (2009). *Language management*. Cambridge: CUP.

Zur Rolle von kulturellem Lernen und Mehrsprachigkeitsorientierung in gymnasialen Lehrplänen des Fachs Englisch in NRW – Eine qualitativ-inhaltsanalytische Curriculumanalyse

Bernd Frankemölle / Kerstin Göbel (Duisburg-Essen)

Der GER definiert Mehrsprachigkeit/Mehrkulturalität als Kompetenz, die auf kulturellen und sprachlichen Lernprozessen aufbaut (Europarat, 2001). Entsprechend denkt die Mehrsprachigkeitsdidaktik Kulturen und Sprachen explizit gemeinsam (Göbel, 2018; Hufeisen & Lutjeharms, 2005). Die Aufgabe zur Förderung damit verbundener Lernprozesse liegt in der Verantwortung bundeslandspezifischer Curricula (KMK, 2023). Inwieweit kulturelles und mehrsprachigkeitsorientiertes Lernen hier adressiert wird, ist Forschungsfrage fachspezifischer Analysen. Für Englisch wird gezeigt, dass sich der Begriff interkulturelle Kompetenz in den Lehrplänen durchgesetzt hat (Göbel & Hesse, 2004; Kreft, 2020) und dass affektive Lernziele seltener adressiert werden als kognitive und verhaltensbezogene (Göbel & Hesse, 2004). Forschung zur Rolle von Mehrsprachigkeitsorientierung in den Lehrplänen macht auf ihre Vernetztheit in Aspekte wie interkultureller Kompetenz und Sprachlernbewusstheit aufmerksam (Korb, 2019, Marx, 2014). Lehrplananalysen deuten jedoch auch an, dass Mehrsprachigkeitsorientierung hier vor allem grundsätzlich gefordert wird, spezifische sprachenübergreifende und -verbindende Lernziele aber Ausnahmen darstellen (Behr, 2019; Christ, 2006; Korb, 2019). Für die Englischcurricula in NRW liegt bislang keine Analyse vor, die kulturelle und mehrsprachigkeitsorientierte Lernziele gemeinsam betrachtet. Der vorliegende Beitrag stellt eine qualitative Inhaltsanalyse (Kuckartz & Rädiker, 2022) der vier aktuellen nordrhein-westfälischen Englischcurricula für das Gymnasium im Hinblick auf kulturelle und mehrsprachigkeitsorientierte Lernziele vor.

Erste Analysen zeigen, dass Mehrsprachigkeitsorientierung in den Dokumenten als allgemeine Forderung benannt wird. In den Lehrplänen von 2014 und 2019 wird Mehrsprachigkeit darüber hinaus mit Sprachlernkompetenz verbunden, die Lernzielformulierungen verbleiben aber ohne konkreten Verweis auf die spezifische Nutzung mehrerer Sprachen. Für das kulturelle Lernen wird in den Dokumenten der Begriff interkulturelle Kompetenz als Oberbegriff verwendet und es werden kognitive, handlungsbezogene und affektive Lernziele zugeordnet, von denen letztere am seltensten adressiert werden. Die beiden Lehrpläne von 2014 und 2019 verweisen auf mehr unterschiedliche interkulturelle Lernziele. Die Nutzung von individueller Mehrsprachigkeit oder von Sprachvergleichen findet in den als interkulturell ausgewiesenen Lernzielen jedoch keine Berücksichtigung (Göbel & Schmelter, 2016). Insgesamt betrachtet deutet sich eine Zunahme der Bedeutung kulturellen und mehrsprachigkeitsorientierten Lernens für gymnasialen Englischunterricht in NRW an, obgleich spezifisch mehrsprachigkeitsorientierte Lernziele deutlicher thematisiert werden könnten.

Literatur:

- Behr, U. (2019). Mehrsprachigkeit und Mehrkulturalität in deutschen Richtlinien des Fremdsprachenunterrichts. In C. Fäcke & F.-J. Meißner (Hrsg.), *Handbuch Mehrsprachigkeits- und Mehrkulturalitätsdidaktik* (S. 120-123), Tübingen: Narr Francke Attempto.
- Christ, I. (2006). Lassen Bildungsstandards Raum für Mehrsprachigkeit? In H. Martinez & M. Reinfried (Hrsg.), *Mehrsprachigkeit gestern, heute und morgen. Festschrift für Franz-Joseph Meißner zum 60. Geburtstag* (S. 255-268). Tübingen: Gunter Narr Verlag.
- Europarat (Hrsg.) (2001), *Gemeinsamer europäischer Referenzrahmen für Sprachen: lernen, lehren, beurteilen*. Berlin et al.: Langenscheidt.
- Göbel, K. (2018). Interkulturelles Lernen durch Mehrsprachigkeitsorientierung im Sprachenunterricht. In: R. Mattig, M. Mathias & K. Zehbe (Hrsg.), *Bildung in fremden Sprachen? Pädagogische Perspektiven auf globalisierte Mehrsprachigkeit* (S. 31-58), Bielefeld: Transcript.
- Göbel, K., & Hesse, H. G. (2004). Vermittlung interkultureller Kompetenz im Englischunterricht-eine curriculare Perspektive. *Zeitschrift für Pädagogik*, 50(6), 818-834.
- Göbel, K. & Schmelter, L. (2016). Mehr Sprachen – mehr Gerechtigkeit? In I. Dirim & A. Wegner (Hrsg.), *Mehrsprachigkeit und Bildungsgerechtigkeit* (S. 271–254). Opladen: Barbara Budrich.
- Hufeisen, B. & Lutjeharms, M. (Hrsg.) (2005). *Gesamtsprachencurriculum. Integrierte Sprachendidaktik. Common Curriculum*. Tübingen: Gunter Narr.
- Marx, N. (2014). Häppchen oder Hauptgericht? Zeichen der Stagnation in der deutschen Mehrsprachigkeitsdidaktik. *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht*, 19(1), 8-24.
- Korb, F. (2019) Zur curricularen Anbindung von Mehrsprachigkeit: Stand und Perspektiven. In C. Falkenhagen, H. Funk, M. Reinfried & L. Volkmann (Hrsg.), *Sprachen lernen integriert – global, regional, lokal. Dokumentation zum 27. Kongress für Fremdsprachendidaktik der Deutschen Gesellschaft für Fremdsprachenforschung (DGFF) Jena, 27.-30. September 2017* (S. 403-315). Hohengehren: Schneider.
- Kreft, A. (2020). *Transkulturelle Kompetenz und literaturbasierter Fremdsprachenunterricht. Eine rekonstruktive Studie zum Einsatz von fictions of migration im Fach Englisch*. Berlin: Peter Lang.
- Kuckartz, U. & Rädiker, S. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim / Basel: Beltz Juventa.
- KMK = Kultusministerkonferenz (2023). *Bildungsstandards für die erste Fremdsprache (Englisch/Französisch) für den Ersten Schulabschluss und den Mittleren Schulabschluss. Beschluss der Kultusministerkonferenz i.d.F. vom 22.06.2023*.

Analysierte Dokumente:

- KLP 2019 = Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW (2019). *Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium in Nordrhein-Westfalen. Englisch*.
- KLP 2014 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW (2014). *Kernlehrplan für die Sekundarstufe II Gymnasium/Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen*.
- KLP 2007 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW (2007). *Kernlehrplan für den verkürzten Bildungsgang des Gymnasiums – Sekundarstufe I (G8) in Nordrhein-Westfalen. Englisch*. Frechen: Ritterbach.
- Richtlinien = Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW (1999). *Richtlinien und Lehrpläne für die Sekundarstufe II in NRW Gymnasium/Gesamtschule-Englisch*. Frechen: Ritterbach.

Wissenschaftliche Ergebnisse für den Transfer übersetzt, Handlungsempfehlungen für die Politik ausformuliert ... und dann?

Natalia Gagarina (Berlin)

Der Beitrag befasst sich mit den Herausforderungen, die nach der Übersetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in praxisnahe Handlungsempfehlungen für die Politik entstehen. Der Transfer von Forschungserkenntnissen in konkrete politische Maßnahmen ist ein zentraler Schritt zur evidenzbasierten Entscheidungsfindung. Doch was geschieht, nachdem Handlungsempfehlungen formuliert wurden? Am Beispiel des Transfers am Leibniz-Zentrum Allgemeine Sprachwissenschaft und der Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat analysiere ich die Lücke zwischen wissenschaftlichen Ergebnissen und deren tatsächlicher Implementierung (in der Politik). Dabei zeige ich, wie die wissenschaftlichen Ergebnisse in die Praxis übersetzt und zusammen mit den politischen Akteuren diskutiert werden können. Es wird argumentiert, dass interdisziplinäre Zusammenarbeit bei der Formulierung von Handlungsempfehlungen sowie ein gezielter Dialog zwischen Wissenschaft und Politik zentrale Komponenten einer erfolgreichen Implementierung sind. Dies gilt im besonderen Maße auch für das Monitoring der Implementierung. Ausgehend von den *Best-practice*-Beispielen formuliere ich Vorschläge, wie die Verknüpfung von Wissenschaft und politischer Praxis nachhaltig verbessert werden kann.

Europäische Sprachenpolitik und ihre Umsetzung in Deutschland am Beispiel des Onlinezugangsgesetzes

Reinhard Goltz / Jutta Engbers (Bremen)

Sprecher und Sprecherinnen der Regionalsprache Niederdeutsch neigen in ihrer Kommunikation mit Behörden zur Verwendung der Standardsprache (mündlich und mehr noch schriftlich). Eine entsprechende Besetzung bestätigt die letzte repräsentative Umfrage zum Stand des Niederdeutschen (Status und Gebrauch, 2016), nach der "Ämter" im Domänen-Ranking mit 3 % die letzte Position einnehmen.

Andererseits listet die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Artikel 9 "Justizbehörden" und Artikel 10 "Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienstleistungsbetriebe" ein breit gefächertes Spektrum möglicher Anwendungen (Urkunden und Beweismittel, amtliche Schriftstücke, Anträge usw.) auf. Der hier durchaus intendierte Prestigegewinn gelangt allerdings nur sehr beschränkt zur Entfaltung, da die überwiegende Mehrzahl der Sprecherinnen und Sprecher gerade auf dem Amt die Nutzung der Regionalsprache meidet.

Auf EU-Ebene sind ebenfalls Anstrengungen zu verzeichnen, die Mitgliedsstaaten zu einer stärkeren Berücksichtigung von Regional- und Minderheitensprachen zu veranlassen. Am Beispiel des in Deutschland geltenden Onlinezugangsgesetzes (OLZ) sollen Möglichkeiten und Grenzen derartiger Verfahren ausgelotet werden. Der Blick richtet sich dabei auf ein aus sechs Modulen bestehendes Paket aus Strafanzeigen, das 2023 online gestellt wurde.

Die Ausgangssituation für die Regionalsprache erweist sich als problematisch, zumal Standardisierungsprozesse für Niederdeutsch bisher nur sehr vereinzelt zu beobachten sind. Die Folge ist eine nach wie vor regional stark gegliederte Sprachlandschaft mit einer Koexistenz phonetischer, morphologischer, syntaktischer und lexikalischer Phänomene. In medialer Hinsicht dürfte die Dominanz mündlicher Kommunikationsformen und damit die bevorzugte Verwendung entsprechender sprachlicher Mittel eine angemessene Übersetzung komplexer juristisch relevanter Termini erschweren.

Zu den Vorfestlegungen zählen etwa die Bestimmung der mustergebenden Sprachlandschaft oder die Wahl der anzuwendenden Schreibkonventionen. Die der Terminologearbeit zugrundeliegenden Prinzipien werden abschließend anhand einiger Beispiele illustriert (wie Ablaufdatum, Beleidigung, Geschädigter, Hausfriedensbruch, Opferschutz oder Strafantragserfordernis).

Die Einführung von Englisch als Gerichtssprache in internationalen Handelsstreitigkeiten – Chance oder Gefahr?

Manfred Herbert (Schmalkalden)

Die Parteien grenzüberschreitender Verträge wählen in der Regel den Gerichtsstand für eventuelle Streitigkeiten. Ein wichtiges Kriterium für diese Wahl ist die Sprache, in der die Verträge geschlossen werden. Da Englisch die Lingua franca im internationalen Wirtschaftsverkehr ist, vereinbaren die Vertragsparteien in der Regel einen Gerichtsstand in einem englischsprachigen Staat oder ein englischsprachiges Schiedsgericht. Staaten, die Englisch als Gerichtssprache zulassen, erhöhen die Attraktivität ihrer Gerichte und haben damit die Chance, internationale Handelsstreitigkeiten wieder an sich zu ziehen. Vor diesem Hintergrund wurden in verschiedenen Ländern Commercial Courts errichtet, bei denen die Gerichtssprache Englisch ist: in Europa in Frankreich und den Niederlanden, außerhalb Europas etwa in Dubai, Katar und Singapur. Auch in Deutschland wurden an einigen Landgerichten Kammern eingerichtet, vor denen in englischer Sprache verhandelt werden kann: in Aachen, Bonn und Köln (seit 2010), in Frankfurt/Main und Hamburg (seit 2018), in Stuttgart und Mannheim (seit 2020) sowie in Berlin (seit 2021). Nach derzeitiger Rechtslage ist die Möglichkeit der Verwendung der englischen Sprache allerdings auf die mündliche Verhandlung und die Vorlage englischsprachiger Urkunden beschränkt. Am 4. Juli 2024 hat aber der Deutsche Bundestag das Justizstandort-Stärkungsgesetz verabschiedet, das am 1. Januar 2025 in Kraft treten soll (Bundestagsdrucksachen 20/8649 und 20/11466). Demnach können die Länder bestimmen, dass vor ausgewählten Landgerichten Commercial Chambers und vor Oberlandesgerichten Commercial Courts errichtet werden können, vor denen Rechtsstreitigkeiten zwischen Unternehmen vollständig in englischer Sprache geführt werden können, also auch Schriftsätze, Protokolle und Urteile in englischer Sprache abgefasst werden. Das Paper gibt einen kritischen Überblick über den Stand der Einführung des Englischen als Gerichtssprache in Deutschland und diskutiert das Für und Wider. Es kommt zu dem Ergebnis, dass dies eher eine Chance als eine Gefahr für den Justizstandort Deutschland darstellt.

Ortsumbenennungen als Ausdruck nationalsozialistischer Sprachpolitik 1933 – 1939

Eric Iwanski (Dresden)

Während des Nationalsozialismus wurden unzählige Siedlungen im gesamten „Dritten Reich“ umbenannt. Ziel dieser Ortsnamenpolitik als Facette der nationalsozialistischen Sprachpolitik war es, Namengut zu tilgen, das durch die NS-Ideologie diffamiert wurde, weil es der Vorstellung einer germanisch-deutschen Dauerbesiedelung in weiten Teilen Europas widersprach.

Der Beitrag soll darlegen, wie sich anhand der Ortsnamenpolitik die ideologische Durchdringung des „Dritten Reiches“ in unterschiedlichen Handlungsfeldern und auf verschiedenen Ebenen herausarbeiten lässt. Akteure aus Politik, Verwaltung, Kultur und Militär von der Reichs- bis auf die Kommunalebene und ihre Interaktionen, Verstrickungen und Konkurrenzen werden durch die Auseinandersetzung mit der Umbenennungspraxis ersichtlich. Dadurch treten Widersprüche des Nationalsozialismus und mitunter konträr stehende Interessengruppen im System zutage. Während einige Umbenennungen durch staatliche Stellen wie dem Reichsstatthalter gefordert wurden, entsprangen andere der Eigeninitiative lokaler Akteure und Gemeindevertreter. Gleichzeitig regte sich besonders in den betroffenen Gemeinden Widerstand gegen die NS-Sprachpolitik. Bei der Analyse der Ortsnamenpolitik stellt sich zudem die Frage, in welchem Maße kommunale Interessen und Selbstbestrebungen in einem Staat mit einem Alles durchdringendem Anspruch ermöglicht werden konnten. Ebenso wurden über Ortsnamen für den Nationalsozialismus so bedeutsame Kategorien wie Heimat, Identität und Zugehörigkeit verhandelt. Die Radikalität der Ortsnamenpolitik variierte in den Gebieten des Reiches stark; eine exemplarische Auseinandersetzung mit den umbenannten Siedlungen ermöglicht es, die regionalen Facetten des Nationalsozialismus herauszuarbeiten und zu vergleichen.

Ortsnamen stehen im Spannungsfeld von Ideologie und Pragmatik und können so zur Charakterisierung der NS-Ideologie beitragen. Dabei wird der sonst für die Ortsnamenforschung übliche sprachwissenschaftliche Blick um eine verwaltungs- und kulturgeschichtliche Perspektive erweitert, um den Zusammenhang von Sprache und Politik im nationalsozialistischen Deutschland in seinen Grenzen von 1939 herausarbeiten zu können. Dabei werden regionale Schwerpunkte gesetzt, die Vielschichtigkeit der NS-Ortsnamenpolitik anhand ausgewählter Beispiele skizziert und Einblicke in mein laufendes Dissertationsprojekt geliefert.

Sprachpolitik und Spracheinstellungen in Nordfriesland

Ruth Kircher (Flensburg) / Lena Terhart (Bräist/Bredstedt) / Samantha M. Litty (Flensburg)

Es ist seit langem bekannt, dass Sprachpolitik auf den Spracheinstellungen der Betroffenen aufbauen sollte, damit sie ihre angestrebten Ziele tatsächlich erreicht (Lewis 1981). Effektiv implementierte Sprachpolitik wiederum kann zur Verbesserung von Spracheinstellungen beitragen (Kircher 2014). Da Spracheinstellungen beeinflussen, welche Sprache(n) man lernt und spricht, sind sie besonders in Kontexten bedrohter Minderheitensprachen hochrelevant (Sallabank 2011). Jedoch werden Spracheinstellungen bei sprachpolitischen Entscheidungen in Deutschland nicht systematisch berücksichtigt.

Ein Beispiel hierfür ist das Nordfriesische. Mit nur 4.000-5.000 Sprecher:innen in Nordfriesland wurde es von der UNESCO als ernsthaft gefährdet eingestuft (Moseley 2010). Die bisherigen sprachpolitischen Maßnahmen zur Revitalisierung setzten hauptsächlich auf den Schulunterricht (Terhart 2022).

Hier präsentieren wir eine korpusbasierte Diskursstudie der Einstellungen, die in Nordfriesland aufgewachsene Menschen gegenüber dem Nordfriesischen haben. Wir kreierten drei Korpora basierend auf Interviewdaten von 35 „traditionellen Sprecher:innen“, die das Nordfriesische als Kinder zuhause lernten (112.804 Wörter), 7 „neuen Sprecher:innen“, welche die Sprache später und/oder außerhalb der Familie erwarben (18.989 Wörter) sowie 55 Nicht-Sprecher:innen des Nordfriesischen (96.478 Wörter). Anhand der Untersuchung von Frequenzen, Kollokationen, Konkordanzen und längeren Diskurssegmenten konnten wir statistisch signifikante sprachliche Muster ermitteln und diese nuanciert untersuchen. Beispielsweise belegen die Ergebnisse, dass dem Nordfriesischen zwar ein Wert in der Gesellschaft Nordfrieslands zugeschrieben wird – dass aber zwischen einem nutzbringenden, einem identitätsstiftenden und einem symbolischen Wert unterschieden werden muss. Ein Vergleich der Korpora zeigt, dass die Einstellungen der Sprecher:innengruppen diesbezüglich voneinander abweichen; des Weiteren sind sie mit der Anwendung des Nordfriesischen außerhalb der Schule verknüpft (vgl. Terhart 2022). Wir diskutieren die Folgerungen der Forschungsergebnisse für potentielle zukünftige Sprachpolitik – und insbesondere die Sinnhaftigkeit von komplementären Maßnahmen, die nicht nur den Erwerb der Minderheitensprache effektiver fördern (Spracherwerbsplanung, vgl. Cooper 1989) sondern auch besonders bei Nicht-Sprecher:innen positivere Einstellungen gegenüber dem Nordfriesischen generieren (Prestigeplanung, vgl. Haarmann 1990). Hierdurch würden mehr Menschen in Nordfriesland die Sprache lernen und zu einem aktiven Teil der Sprachgemeinschaft werden wollen, was maßgeblich zur Revitalisierung der Minderheitensprache beitragen könnte.

Literatur:

- Cooper, R. L. (1989). *Language Planning and Social Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Haarmann, H. (1990). Language planning in the light of a general theory of language: A methodological framework. *International Journal of the Sociology of Language*, 86, 103-126.
- Kircher, R. (2014). Thirty years after Bill 101: A contemporary perspective on attitudes towards English and French in Montreal. *Canadian Journal of Applied Linguistics*, 17(1), 20-50.
- Lewis, E. G. (1981). *Bilingualism and Bilingual Education*. Oxford: Pergamon.
- Moseley, C. (Hrsg.) (2010). *Atlas of the World's Languages in Danger*, 3. Auflage. Paris: UNESCO Publishing.
- Sallabank, J. (2011). Language policy for endangered languages. In P. K. Austin & J. Sallabank (Hrsg.) *The Cambridge Handbook of Endangered Languages*. Cambridge: Cambridge University Press, 277-290.
- Terhart, L. (2022). Wieso, weshalb, warum? Friesisch in den Schulen Nordfrieslands im 21. Jahrhundert. *Nordfriesisches Jahrbuch* 58. Bredstedt/Bräist: Nordfriisk Instituut, 95-116.

Welche Einstellungen haben mehrsprachige Schüler*innen der Jahrgangsstufe 9 gegenüber der Mehrsprachigkeitspolitik der EU? – Eine qualitative Inhaltsanalyse

Maxime Kops / Katrin Peltzer / Vera Busse (Münster)

Ein zentrales Ziel der Sprachenpolitik der Europäischen Union (EU) ist die Förderung positiver Einstellung gegenüber sprachlicher Vielfalt sowie dem Erlernen verschiedener Sprachen (Europäische Kommission, 2017). Bisherige Studien weisen jedoch darauf hin, dass die Einstellungen von jungen Menschen gegenüber Migrationssprachen häufig negativ sind (Plewnia & Rothe, 2011). Zudem zeigen sich auch bei den etablierten Schulfremdsprachen Unterschiede, da Lernende zwar positive Einstellungen gegenüber dem Englischen haben, jedoch andere etablierte Schulfremdsprachen häufig negativer wahrnehmen und das Erlernen im schulischen Kontext kritisch sehen (Busse, 2017). Obwohl Sprachbiografien der Lernenden auf Spracheinstellungen Einfluss nehmen, mangelt es an qualitativ-explorativen Untersuchungen, welche tiefgreifende Einblicke in die Spracheinstellungen von mehrsprachig aufwachsenden Schüler*innen gewähren.

Unser Beitrag stellt Ergebnisse einer qualitativen Inhaltsanalyse argumentativer Essays vor, in denen mehrsprachig aufwachsende Gesamtschüler*innen (N = 153) der 9. Klasse Stellung zur EU Vorgabe nehmen, mindestens zwei weitere Sprachen neben der Landessprache zu lernen.

Die Analyseergebnisse zeigen, dass die Lernenden in 78 Texten das zusätzliche Erlernen von mindestens zwei weiteren Sprachen in der Schule begrüßen. Dabei werden sowohl die sozial-kommunikative Funktion (integrative Orientierung) als auch der pragmatische Nutzen von Sprachkenntnissen (instrumentelle Orientierung) hervorgehoben. Dennoch wird der verpflichtende Charakter der EU-Vorgabe in 49 Texten abgelehnt. Dies begründen die Lernende damit, dass Sprachbegabung sowie das individuelle Interesse zentrale Faktoren für ein erfolgreiches Sprachenlernen sind. Die Lernenden würden ferner eine größere Sprachauswahl begrüßen, sodass neben den traditionellen Schulfremdsprachen (z.B. Französisch) auch unterschiedliche Familiensprachen in der Schule gelernt werden können. Dennoch halten 40 Lernende Englisch für ausreichend, wobei das Englische häufig als deutlich relevanter auch als die eigene Familiensprache eingeordnet wird.

Wir diskutieren die hierarchisierenden Spracheinstellungen der Lernenden vor dem Hintergrund vorliegender empirischer Befunde sowie theoretischer Konzepte der Spracheinstellungsforschung und zeigen abschließend Implikationen für die Gestaltung des Sprachenunterrichts auf.

Literatur:

- Busse, V. (2017a). Plurilingualism in Europe: Exploring Attitudes Toward English and Other European Languages Among Adolescents in Bulgaria, Germany, the Netherlands, and Spain. *The Modern Language Journal*, 101(3), 566–582. <https://doi.org/10.1111/modl.12415>
- Europäische Kommission. (2017). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur. <https://eurlex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017DC0673>
- Plewnia, A., & Rothe, A. (2011). Spracheinstellungen und Mehrsprachigkeit: Wie Schüler über ihre und andere Sprachen denken (Language attitudes and multilingualism: How students think about their and other languages). In L. M. Eichinger, A. Plewnia, & M. Steinle (Eds.), *Studien zur deutschen Sprache: Vol. 57. Sprache und Integration: Über Mehrsprachigkeit und Migration* (pp. 215–253). Narr.

Language Education Policy through the eyes of a child: Eine Fallstudie zur Wahrnehmung und Bewertung von (Schul-)sprachen und Sprachenpolitik durch Kinder an einer jüdischen Grundschule

Chiara Lipp (Schwäbisch Gmünd)

Dieses Dissertationsprojekt befasst sich mit der Wahrnehmung und Bewertung von schulischer Sprachenpolitik durch Kinder an einer jüdischen Grundschule in Deutschland. Studien haben gezeigt, dass die Integration der Erstsprachen in die schuleigene Sprachenpolitik einen großen Einfluss auf die Einschätzung der eigenen Mehrsprachigkeit und die sprachliche und kulturelle Identität der Kinder hat (vgl. Davis & Phyak 2017). Zum anderen wirkt sich der kulturelle Kontext der Umgebung auf die Handlungsfähigkeit des Kindes aus (vgl. Schwartz et al. 2020). In Bezug auf Migrationssprachen betont Putjata (2019): "by being graded on them, children receive the important feedback that these languages are also significant for academic success." (Putjata 2019, S. 401)

Folgende Fragen sollen im Rahmen der Fallstudie beantwortet werden:

- Wie nehmen Kinder einer jüdischen Grundschule ihre schuleigene Sprachenpolitik wahr und wie bewerten sie diese?
- Welche Verbindung sehen sie zwischen der Zugehörigkeit zum Judentum und den einzelnen Schulsprachen?
- Welche Wünsche haben sie bezüglich der schulischen Sprachenpolitik?
- Wie sehen die Kinder ihre eigene Rolle in der Gestaltung der schulischen Sprachenpolitik?

Die für das Projekt ausgewählte Institution bietet ein mehrsprachiges Schulprofil, welches Hebräisch, Russisch und Englisch ab der ersten Klasse sowie jüdischen Religionsunterricht anbietet. Eingebettet ist die Schule in eine überwiegend russischsprachige Gemeinde. Die Daten des Projekts wurden qualitativ durch Workshops (vgl. Portnaia 2014, Hirsu 2021) und Interviews mit Grundschulkindern im Juli 2023 gewonnen. Dabei wurden verschiedene Methoden kombiniert, wie beispielsweise Gruppeninterviews auf der Grundlage eines Bilderbuchs, kreative Arbeitsaufträge sowie Einzelinterviews. Aktuell werden die Daten transkribiert und mit Hilfe der thematischen Analyse von Braun und Clarke (2022) ausgewertet. Erste Beobachtungen zeigen, dass Englisch zwar häufig als „Hauptsprache“ bezeichnet wird, aber meist keine persönliche Bedeutung für die Lernenden zu haben scheint. Des Weiteren ist die Bedeutung des Hebräischen nicht unbedingt an eine halachisch jüdische Identität geknüpft, sondern eher an religiöse Praxis.

Literatur:

- Braun, V. & Clarke, V. (2022). Thematic analysis. A practical guide. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC, Melbourne: SAGE.
- Davis, K.A. & Phyak P. (2017). Engaged language policy and practices. New York; London: Routledge, Taylor & Francis Group
- Hirsu, L. et al. (2021). Exploring Translanguaging in Pedagogical Contexts and Beyond. Toolkit. Verfügbar unter: <https://creativepracticesfl.wixsite.com/translanguaging/toolkit> (15.11.23)
- Portnaia, N. (2014). Sprachlernsituation Der Kinder Mit Migrationsbedingter Zwei-/Mehrsprachigkeit Beim Fremdsprachenlernen in Der Grundschule: Eine Qualitative Studie unter Besonderer Berücksichtigung Der Herkunftssprache Russisch. Deutschland: Logos Verlag Berlin.
- Putjata, G. (2019). Language in transnational education trajectories between the Soviet Union, Israel and Germany: Participatory research with children. *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung / Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research*, 14(4), 390-404.
- Schwartz, M., Kirsch, C., & Mortini, S. (2020). Young children's language-based agency in multilingual contexts in Luxembourg and Israel. *Applied Linguistic Review*.

Nordfriesisch: Herkunftssprache, regionale Sprache oder Minderheitensprache?

Samantha M. Litty (Flensburg) / Lena Terhart (Bräist/Bredstedt) / Ruth Kircher (Flensburg)

Wie wird das Nordfriesische von der schleswig-holsteinischen Gesellschaft bezeichnet und wahrgenommen: als Herkunftssprache, als regionale Sprache oder als autochthone Minderheitensprache? Werden diese Begriffe als unterschiedlich positiv wahrgenommen? Und kommen nur Begriffe aus der Politik zum Vorschein oder auch sprachwissenschaftliche?

Aus sprachwissenschaftlicher Sicht wird eine Herkunftssprache als Sprache definiert, die in der Kindheit auf natürliche Weise zuhause gelernt wurde und nicht die Mehrheitssprache der Gesellschaft ist (Rothman 2009: 156). Obwohl herkunftssprachliche Gemeinschaften durch Immigration entstehen können, zählen erklärtermaßen auch indigene Sprachen als Herkunftssprachen (Fishman 2006: 1). Demnach ist das Nordfriesische (schon seit Jahrhunderten) eine Herkunftssprache. In Schleswig-Holstein werden aber aus politischer Sicht Herkunftssprachen nur im Zusammenhang mit Migration bedacht (Bericht der Landesregierung vom 10. März 2020), was das Nordfriesische von der Bezeichnung ausschließt. Des Weiteren existiert keine Forschungsliteratur zum Thema Nordfriesisch als Herkunftssprache. In unserem Vortrag zeigen wir, dass dies an der Sprach(en)politik Schleswig-Holsteins und der gesellschaftlichen Wahrnehmung liegt. Denn obwohl Nordfriesisch (nebst Dänisch, Sønderjysk, und Niederdeutsch) als regionale Sprache erwähnt und auch von der Sprachwissenschaft so verstanden wird, wird es offiziell nur als Minderheitensprache bezeichnet. Wir bestreiten nicht, dass es wichtige sozialpolitische Gründe hierfür gibt—besonders in Bezug auf politische Maßnahmen, den offiziellen Schutz und die staatliche Förderung der Sprache. Wir interessieren uns jedoch auch dafür, ob diese terminologische Uneinigkeit Auswirkung auf die Wahrnehmung der Sprache aus Sicht von Menschen zeigt, die weder mit Sprachwissenschaften noch mit der Politik zu tun haben.

Anhand von Umfragen zu Minderheitensprachen mit 47 Studierenden der Europa-Universität Flensburg im Herbst 2022 sowie Interviews mit 7 „Neu-sprecher*innen“, 35 Sprecher*innen und 55 Nicht-Sprecher*innen von 2018-2020, stellen wir erste Ergebnisse vor. Sie zeigen die Wichtigkeit dieser Wahrnehmung, denn—so wie einer der Befragten es ausdrückt — „[b]esonders heutzutage, wo Minderheitensprachen weniger und weniger gesprochen werden, scheinen Faktoren wie Herkunft unbedingt erforderlich [...]“, um Verbindungen zwischen den Menschen und das Zugehörigkeitsgefühl einer Gruppe zu verstärken.

Literatur:

- Bericht der Landesregierung vom 10. März 2020. Drucksachenummer 19/2081. „Bericht zu Stand und Perspektiven des mutter- und herkunfts-sprachlichen Unterrichts“. www.schleswig-holstein.de
- Fishman, Joshua A. 2006. Acquisition, Maintenance, and Recovery of Heritage Languages: An “American Tragedy” or “New Opportunity”? In Pérez, William, Joshua A. Fishman & Rebecca Chávez (eds.), *Developing Minority Language Resources: The Case of Spanish in California*. Bristol: Multilingual Matters. 1-11.
- Rothman, Jason. 2009. Understanding the nature and outcomes of early bilingualism: Romance languages as heritage languages. *International journal of bilingualism* 13 (2). 155-163.

Sprachmittlungspolitiken

Bernd Meyer (Mainz)

„Deutsch ist das Band, das uns verbindet“, erklärte eine Integrationsbeauftragte der Bundesregierung vor ca. 16 Jahren und sprach damit eine zentrale sprachpolitische Vorstellung aus: wer kein oder nicht genug Deutsch kann, der muss es lernen. Die Idee, dass Sprachbarrieren verschwinden würden, wenn man nur genug in das Erlernen der deutschen Sprache investiert, ist bis heute ein prägender Grundsatz der deutschen Integrationspolitik und ein Nachklang der relativ erfolgreichen „Homogenisierung des Bevölkerungssubstrats“ (Oeter 2020: 329) durch Standardisierung und Bildungswesen in den ersten 100 Jahren des Nationalstaates.

Heutige sprachliche Heterogenität in der Bevölkerung erfordert jedoch andere Antworten. Sprachvermittlung allein reicht nicht, es braucht auch Sprachmittlung. Als Konsequenz entwickelten sich in den letzten Jahren verschiedene Sprachmittlungspolitiken: staatliche Maßnahmen oder auch inoffizielle Praktiken, die darauf abzielen, einen Umgang mit Sprachbarrieren in relevanten Handlungsfeldern zu finden. Sprachmittlungspolitiken gibt es in der Verwaltung, dem Bildungs-, Sozial-, und Gesundheitswesen, bei Polizei, Rettungsdiensten und auch der Bundeswehr. Es entstand und entsteht eine Vielzahl an teils temporären, teils aber auch fest verankerten Angeboten mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Anforderungen (Evrin & Meyer 2023, Kap. 2, Kolloch & Meyer 2021).

In meinem Vortrag skizziere ich aktuelle Trends in den Sprachmittlungspolitiken anhand von Beispielen aus verschiedenen Bundesländern. Dabei zeigen sich regional und konzeptuell große Unterschiede. Des Weiteren gehe ich auf die von der Bundesregierung betriebene Etablierung von Sprachmittlung im Gesundheitswesen ein.

Literatur:

- Evrin, F. & Meyer, B. 2023. 2023. Sprachmittlung in öffentlichen Einrichtungen. Handreichungen für die Praxis. Peter Lang Verlag.
- Kolloch, A. & Meyer, B. 2023. Inclusive and non-inclusive modes of communication in multilingual operational police training. In J. Beek, T. Bierschenk, A. Kolloch & B. Meyer (eds.) Policing race, ethnicity and culture. Ethnographic perspectives across Europe. Manchester University Press, S. 195 – 218.
- Oeter, S. 2020. Sprachpolitik und Sprachenrechte. In: I. Gogolin et al. (Hrsg.), Handbuch Mehrsprachigkeit und Bildung. Springer Verlag, S. 329 – 332.

Regional- und Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein im schulischen Kontext

Karen Nehlsen (Kiel)

In Schleswig-Holstein stehen Angehörige der friesischen Volksgruppe, der dänischen Minderheit, der deutschen Sinti und Roma und der Sprechergruppe Niederdeutsch mit ihren Regional- und Minderheitensprachen unter besonderem Schutz der Landesverfassung, und das Land unterstützt die Erhaltung der Sprachenvielfalt. Die Minderheitensprachen Dänisch und Nordfriesisch (Friesisch) und die Regionalsprache Niederdeutsch werden nach Teil III der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen geschützt, Romanes nach Teil II und finden somit Anerkennung als ein einzigartiger Bestandteil des kulturellen Erbes Europa.

Die Minderheitensprache Friesisch wird in unterschiedlichen Dialekten in Teilen des Kreises Nordfriesland und auf den Inseln und Halligen gesprochen. Die Regionalsprache Niederdeutsch bzw. Plattdeutsch ist dem Hochdeutschen am ähnlichsten, daher am einfachsten zu verstehen, und wird von Menschen in ganz Schleswig-Holstein, insbesondere im Landesteil Schleswig gesprochen. In Grenznähe ist ferner Sønderjysk als Regionalsprache auf dem Land anzutreffen und wird auf beiden Seiten der Grenze gesprochen. Die ca. 50.000 Angehörigen der dänischen Minderheit sprechen Dänisch als Minderheitensprache im Alltag und in ihren Kindertagesstätten und Schulen des dänischen Schulvereins für Südschleswig e.V. sowie in anderen Institutionen im Landesteil Schleswig. Die Minderheiten- und Nachbarsprache Dänisch ist besonders in der Grenzregion verbreitet und dort von besonderer Bedeutung auch für Menschen, die nicht der dänischen Minderheit angehören, zumal viele Grenzpendler aus Dänemark täglich zur Arbeit in das benachbarte Schleswig-Holstein fahren und umgekehrt nach Dänemark. Viele Menschen im nördlichen Schleswig-Holstein und im südlichen Dänemark sprechen mehr als eine Regional- oder Minderheitensprache. Besonders das Gebiet in Grenznähe zu Dänemark ist durch Regional- und Minderheitenmehrsprachigkeit gekennzeichnet.

Die Landesregierung fördert den Unterricht in den Regional- und Minderheitensprachen Dänisch, Friesisch und Niederdeutsch mit Lehrerwochenstunden durch ein freiwilliges Unterrichtsangebot an Modellschulen, vorwiegend im Grundschulbereich.

Dänisch wird in der Sekundarstufe I und II an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen als Fremdsprache mit nachbarsprachendidaktisch ausgerichtetem Konzept zu gleichen Bedingungen wie andere Fremdsprachen unterrichtet.

Der Beitrag befasst sich mit folgenden Fragestellungen:

Unterrichtsangebot in den Regional- und Minderheitensprachen an Schulen

Lehr- und Lernmaterialien für das Erlernen von Regional- und Minderheitensprachen

Regional- und Minderheitensprachen in der Lehreraus- und Fortbildung

Chancen, Herausforderungen, Perspektiven

Sprachplanung als Verfassungsauftrag? Sprachpolitische Regelungen zu Minderheiten- und Regionalsprachen in Deutschland

Měto Nowak (Chóšebuz/Cottbus)

Ein Vierteljahrhundert nach Inkrafttreten der Europäischen Sprachencharta in Deutschland sind hierzulande sechs Minderheiten- und eine Regionalsprache als schutzwürdig anerkannt. Mindestens drei sind akut und zwei weitere perspektivisch in ihrem Fortbestand bedroht. Neben einigen Verfassungsregelungen gibt es auf Länderebene u.a. ein Friesisch-, ein Sorben-, ein Sorben/Wenden- und ein Niederdeutschgesetz mit Sprachbezügen. Im vorliegenden Beitrag werden ausgewählte Formulierungen in Verfassungen und Gesetzen verglichen, um herauszuarbeiten, welches sprachpolitische Grundverständnis ihnen jeweils zu Grunde liegt und auszuloten, ob es möglich ist, einen proaktiven sprachplanerischen Ansatz gesetzlich zu verankern.

Sprachpolitik für autonome Minderheiten als Gegenstand des Völker- und Verfassungsrechts

Stefan Oeter (Hamburg)

Minderheitensituationen sind typischerweise geprägt durch Routinen der Mehrsprachigkeit, da in der Regel Kommunikation in formalen Kontexten (Behörden., Gerichte) über das Medium der Nationalsprache stattfindet, Kommunikation im Nahbereich dagegen in der Minderheitensprache. Dies führt zu Asymmetrien im Sprachgebrauch, die den Erhalt der Minderheitensprachen in der Generationenfolge bedrohen. Will man dem gegensteuern, bedarf es einer gezielten Sprachpolitik. Sprachenpolitik in Europa zeigt eine große Bandbreite an Konzepten und Einstellungen, aber auch konkreten Instrumenten. In Teilen ist dies Ausfluss ganz unterschiedlicher historischer und politischer Prägungen des jeweiligen Staatsmodells, in Teilen aber auch Ausfluss sehr unterschiedlicher minderheiten- und sprachpolitischer Problemlagen. Gleichwohl lassen sich unter diesen Voraussetzungen gemeinsame Ziele, Leitlinien und Standards der Sprachpolitik für autochthone Minderheiten denken. Beweis dafür bilden die einschlägigen Dokumente und Konventionen des Europarates, die im Vortrag im Vordergrund stehen sollen. Doch auch die verfassungsrechtlichen Maßgaben gehen in die gleiche Richtung (insbes. die Landesverfassungen SLH, SN, BRB). Alle genannten Dokumente eint ein übergreifendes Ziel – die Bewahrung kultureller und sprachlicher Diversität. Dieses Ziel ist in den beiden Konventionen des Europarates – der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten von 1995 und der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen von 1992 – wie in den Schutzklauseln einiger Landesverfassungen zu spezifischen Leitlinien des Schutzes heruntergebrochen, aus denen sich konkrete Schutzstandards ergeben. Der Vortrag fokussiert auf die Erfahrungen im Rahmen der Europäischen Sprachencharta und zeigt an den vertraglichen Gewährleistungen der Charta, aber auch an der (sehr diversen) Umsetzungspraxis auf, wie sich mittlerweile tragfähige normative Konsense einer nachhaltigen Sprachpolitik für Minderheiten entwickelt haben, aber auch wo die Problemzonen liegen, in denen nationale Sprachenpolitik vielfach weiterhin defizitär bleibt.

Zweisprachige Ortsschilder in Norddeutschland als Manifestationen einer neuen Sprachenpolitik gegenüber dem Niederdeutschen

Albrecht Plewnia (Mannheim)

Das Niederdeutsche ist eine anerkannte Regionalsprache in Deutschland mit aktuell schätzungsweise 2,5 Millionen Sprechern. Allerdings ist die intergenerationelle Weitergabe als Erstsprache stark eingeschränkt, daher ist die Sprache inzwischen gefährdet. Mit der Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen im Jahr 1998 hat sich die Bundesrepublik Deutschland zu bestimmten Maßnahmen zur Förderung des Niederdeutschen verpflichtet; dies hat auch zu einer Stärkung eines Bewusstseins der niederdeutschen Eigensprachlichkeit beigetragen.

Für die Vitalität einer Minderheitensprache ist ihre Sichtbarkeit im öffentlichen Raum von besonderer Bedeutung. Eine wichtige Rolle spielen hierbei offizielle Beschilderungen wie etwa Ortsschilder und Wegweiser, weil mit ihnen in der Regel ein hervorgehobener Status verbunden ist und weil mit Namen stets auch Fragen von Identität verknüpft sind. Seit rund zwanzig Jahren werden in Norddeutschland vermehrt zweisprachige deutsch-niederdeutsche Ortseingangstafeln aufgestellt; inzwischen dürfte es einige Hundert solcher Schilder geben.

Bislang gibt es wenig systematisches Wissen zu diesem Feld. In diesem Beitrag soll daher eine erste Bestandsaufnahme über die Verbreitung zweisprachiger Ortsschilder in Norddeutschland präsentiert werden, wobei ein besonderer Fokus auf Niedersachsen liegt. An ausgewählten Beispielen sollen die mit der Einführung dieser Schilder verbundenen praktischen Probleme nachgezeichnet werden.

„Ich spüre so einen Aufschwung gegenüber der Sprache“ – Zur Sprachsituation des Niedersorbischen und Ansätzen zu seiner Revitalisierung

Sophie Rädcl / Julia Berinkowa / Jean-Rémi Carbonneau / Lutz Laschewski (Chóšebuz/Cottbus)

Das sorbische Volk ist von der Bundesregierung als eine der wenigen nationalen Minderheiten anerkannt. Es hat dem langen Prozess der deutschen Nations- und Staatsbildung standgehalten und seine Rechte sind heute in der brandenburgischen und sächsischen Gesetzgebung anerkannt. Zwischen Autonomie und Abhängigkeit haben die Sorben einen wesentlichen Teil ihrer sprachlichen Vitalität und ihres Zusammenhalts als differenzierte nationale Gemeinschaft verloren. Eine Kombination aus verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen wirkt sich weiterhin negativ auf die Situation der beiden sorbischen Sprachen aus und die späten institutionellen Zugeständnisse seit 1945 bzw. 1990 reichen nicht aus, um den Spracherhalt oder sogar die Wiederbelebung zu gewährleisten.

In der niedersorbischen Niederlausitz ist die Situation besonders kritisch. Um das Aussterben der niedersorbischen Sprache zu verhindern, sind tiefgreifende Maßnahmen für die sprachliche Revitalisierung notwendig. Voraussetzung für die Durchführung dieses Unterfangens ist eine umfassende Analyse der soziolinguistischen Situation und ein gesellschaftlicher Dialog. Dieser soll im Rahmen des durch Mittel des Bundes geförderten Vorhabens „Masterplan für die niedersorbische Sprache“ in den kommenden Jahren organisiert werden. Als Grundlage der Situationsanalyse werden zurzeit etwa 50 leitfadengestützte, qualitative Interviews mit lokalen Stakeholdern sowie zusätzlich Expert:inneninterviews mit Kenner:innen der sorbischen Sprachenpolitik und Sprachplanung durchgeführt und analysiert sowie verfügbare Daten der Bildungsstatistik ausgewertet.

In dem gemeinsamen Beitrag stellen wir kurz die gesellschaftlichen Bedingungen vor, die dazu beigetragen haben, den Gebrauch des Niedersorbischen in der Niederlausitz erheblich einzuschränken. Im Zentrum des Beitrages stellen wir Perspektiven der Beteiligten und der Expert:innen dar, wie sie die Situation beschreiben, mit welchen Herausforderungen sich Sprecher:innen konfrontiert sehen und wie sie mit diesen umzugehen versuchen. In der Diskussion versuchen wir die Befunde in den Stand der internationalen Literatur einzuordnen.

Sorbische Sprachpolitik im Wandel – Von Bewahrung zu „Sorbisch für alle“

Cordula Ratajczak (Budyšin/Bautzen) / Nicole Dołowy-Rybińska (Warschau)

Die Sorben sind eine von vier anerkannten nationalen Minderheiten Deutschlands. Für das Obersorbische war die Sprachpolitik bis in die 1990er Jahre auf Bewahrung und somit Stärkung der sogenannten „Muttersprachler“ ausgerichtet, und das sowohl auf staatlicher Makro-Ebene Sachsens, der Meso-Ebene sorbischer Institutionen als auch auf der Mikro-Ebene individuellen Sprachmanagements. Erst in den letzten Jahren hat sich ein Wechsel zu aktiver Revitalisierungspolitik vollzogen, und das staatlicherseits („Maßnahmenplan der Sächsischen Staatsregierung zur Ermutigung und Belebung des Gebrauchs der sorbischen Sprache“) als auch seitens sorbischer Einrichtungen. So initiierte der sorbische Dachverband Domowina das Revitalisierungsprojekt „Netzwerk für sorbische Sprache und regionale Identität“ (ZARI), das im Jahr 2022 angelaufen ist.

In unserem Beitrag wollen wir diskutieren, in welcher Beziehung die verschiedenen sprachpolitischen Ebenen zur Revitalisierung des Obersorbischen in Sachsen stehen. Im Mittelpunkt steht das Projekt ZARI mit seinen zwei Zielen: Zum einen gilt es, entsprechend der veränderten Sprachpolitik einen Wechsel des öffentlichen Diskurses zu bewirken. So lautet die offizielle Projektzielvorgabe, die Zahl der Sorbischsprechenden auf 100 000 im Jahr 2100 zu erhöhen. Das bisherige gängige Narrativ einer sich auflösenden Sprachgemeinschaft („15 000 Menschen sprechen **noch** Sorbisch“) wird so ersetzt durch eine auf Zuwachs ausgerichtete Sprachpolitik. Zum zweiten geht es darum, die Sprachpraxis in der Lausitz zu ändern. Gemäß dem Motto „Sorbisch für alle“ soll die Sprache künftig nicht nur auf eine kleine, ethnisch definierte Minderheit der Lausitzer Bevölkerung begrenzt sein, sondern prinzipiell jedem zur Verfügung stehen. Aus Sicht des Projektes ZARI ist jeder Lausitzer ein potenzieller Sorbischsprecher.

Wir werden diskutieren, wie eine Top-Down-Sprachpolitik in der Lausitz, die auf eine Wiederbelebung des Obersorbischen abzielt, 1) durch bestehende und neue Strukturen etabliert werden kann; 2) wie sie durch Bottom-up-Aktivitäten und Sprachförderung auf verschiedenen Ebenen unterstützt werden sollte.

Sorbischunterricht und die Evaluierung aktueller Schulkonzepte in Sachsen und Brandenburg

Jana Schulz (Budyšin/Bautzen)

Im Bildungsbereich wird sorbischen, zweisprachigen deutsch-sorbischen Schulen sowie Schulen mit Sorbischangeboten eine zentrale Bedeutung für den Erwerb, den Erhalt sowie für die Weiterentwicklung des Ober- und Niedersorbischen zugeschrieben.

Im Freistaat Sachsen ist nach mehrjähriger Erprobungsphase im Schuljahr 2013/14 das schulartenübergreifende Konzept „2plus“ an insgesamt 13 Schulen eingeführt worden. Hierbei handelt es sich um ein Spracherwerbskonzept, welches an das zwischenzeitlich im Vorschulbereich etablierte Witaj-Projekt anknüpft und von der Grund- und Mittelschule bis hin zum Gymnasium ein durchgängiges zweisprachiges sorbisch-deutsches bzw. deutsch-sorbisches Bildungsangebot sicherstellt (LaSuB 2018). Inzwischen arbeiten insgesamt 16 Schulen nach diesem Konzept und bieten nicht nur sorbischen Sprachunterricht an, sondern darüber hinaus auch Bilingualen Sach-/Fachunterricht. Nach einer ersten Evaluierung des Konzepts durch die Universität Hamburg im Jahr 2010 (Gantefort/Roth/ Migai/Gogolin 2010) war mehrfach sowohl seitens des Kultusministeriums als auch von sorbischen Bildungsträgern eine erneute Evaluierung angemahnt worden, um die Effektivität der schulischen Umsetzung des Konzepts zu überprüfen. Das Sächsische Staatsministerium für Kultus hat im Frühjahr 2022 in einer ersten Pilotphase mit der Durchführung des Evaluationsprojektes an drei 2plus-Schulen begonnen. Das Sorbische Institut übernahm die wissenschaftliche Begleitung des Evaluationsvorhabens. Nach erfolgreichem Abschluss der Pilotphase erfolgt ab dem Schuljahr 2023/24 der Beginn der Regelphase, d.h. eine jährliche Durchführung von mehrtägigen Sprachkompetenztests bei ca. 220-250 Schülerinnen und Schülern an sieben 2plus-Schulstandorten.

Im Vortrag werden sowohl die Konzeption der Evaluierung als auch erste Ergebnisse der Sprachkompetenztests vorgestellt. Darüber hinaus werden Ergebnisse der dreijährigen Evaluation von Sorbisch/Wendisch-Angeboten der Primarstufe im Land Brandenburg präsentiert, im Rahmen derer Sprachstandserhebungen bei Schülerinnen und Schülern der 4. Klassen und 6. Klassenstufe durchgeführt und die Entwicklung der rezeptiven und produktiven Fertigkeiten analysiert worden sind (Jacobsen/Schulz/Werner et al. 2017). Daher wird im Vortrag der Forschungsfrage nachgegangen, inwieweit aktuelle Schulkonzepte in Sachsen und Brandenburg den Erhalt der Minderheitensprache Sorbisch sichern können.

Literatur:

- Gantefort, Ch./Roth, H.-J./Migai, N. /Gogolin, I. (2010): Sorbisch-deutsche Schulen in Sach-sen. Sprachentwicklung in der Sekundarstufe I. Hamburg und Köln (Universität Hamburg, Universität zu Köln), 2010.
- LaSuB (= Landesamt für Schule und Bildung) (2018): 2plus – Unterricht nach dem schulartübergreifenden Konzept zweisprachige sorbisch-deutsche Schule im sorbischen Siedlungsgebiet des Freistaates Sachsen. Landesamt für Schule und Bildung, Standort Radebeul (Hrsg.), Radebeul, 2018.
- Jacobsen, M./Schulz, J./Werner, E. et al. (2017): Abschlussbericht über die externe Evaluation von Sorbisch/Wendisch-Angeboten der Primarstufe im Land Brandenburg. Leipzig/Hamburg, 2017.

Nordfriesisch an den Schulen Nordfrieslands: Schein oder Sein?

Lena Terhart (Bräist/Bredstedt) / Samantha M. Litty (Flensburg) / Ruth Kircher (Flensburg)

Nordfriesisch wird derzeit von geschätzten 4000-5000 Menschen in Nordfriesland und auf Helgoland gesprochen (Århammar 2008, Versloot 2021) und ist als Minderheitensprache in Deutschland anerkannt.

Seit 1947 wird es an einigen Schulen Nordfrieslands auf freiwilliger Basis unterrichtet. Dabei hat Friesischunterricht immer wieder Hochs und Tiefs erlebt (Steensen 2002), das letzte Hoch in den 2000ern mit einer hohen Zahl sowohl an Schulen, die Friesischunterricht anboten, als auch an Schüler:innen, die am Unterricht teilnahmen. Seitdem sind beide Zahlen rückläufig. Schulschließungen, Fachkräftemangel und geringes Interesse von Schulleitungen, Schüler:innen und Eltern werden oft als Gründe genannt (Walker 2015). Das ehrgeizige Ziel eines durchgängigen Bildungsgangs Friesisch, das im Handlungsplan Sprachenpolitik der 18. Legislaturperiode (Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein 2015) genannt wird, scheint fast unerreichbar.

2023 wurden seitens des Landes Schleswig-Holstein neue Gelder für u.a. die Professionalisierung des Friesischunterrichts bewilligt. Seit November 2023 ist dazu eine neue Abteilung am Nordfriisk Institut eingerichtet. Als besonders wichtig wird die Entwicklung neuer Sprachlehrmaterialien angesehen. Um über Auswirkungen dieser neuen Bemühungen zu sprechen, ist es jedoch noch zu früh.

Stattdessen möchten wir die Entwicklung des Friesischunterrichts an den Schulen Nordfrieslands seit Ende des zweiten Weltkriegs skizzieren und beleuchten, was Menschen in Nordfriesland gegenwärtig über den Friesischunterricht denken. Grundlage dazu sind soziolinguistische Interviews mit 97 Personen, die zwischen 2018 und 2019 in einem Forschungsprojekt an der Europa-Universität Flensburg erhoben und anschließend transkribiert, annotiert und analysiert wurden.

Die meisten Interviewten befürworten Friesischunterricht, bemerken aber eine geringe langfristige Wirksamkeit bei der Sprachvermittlung. Friesischangebote werden daher manchmal auch nicht im Sinne eines Fremdsprachenunterrichts, sondern als heimatkundlicher Unterricht gedeutet. Weiterhin haben die Interviewten oft ein geringes Interesse am Erlernen der Sprache, da sie kaum Anwendungsmöglichkeiten außerhalb des Unterrichts sehen (Terhart 2022). Es ist daher voraussehbar, dass eine Fokussierung auf neue Sprachlehrmaterialien nicht ausreicht, um neue Sprecher:innen zu gewinnen. Darüber hinaus müssen inner- und außerschulisch mehr Gelegenheiten zum Erlernen und Anwenden der Sprache geschaffen werden.

Literatur:

- Århammar, Nils. 2008. Das Nordfriesische, eine bedrohte Minderheitensprache in zehn Dialekten: eine Bestandsaufnahme. In H.H. Munske (ed.) *Sterben die Dialekte aus?* Onlinepublikation: <https://d-nb.info/1055971564/34>
- Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein. 2015. Handlungsplan Sprachenpolitik der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Kontext von Regional- oder Minderheitensprachen für die 18. Legislaturperiode https://transparenz.schleswig-holstein.de/dataset/acfb1262-b36c-48b0-83ff-77d04ed40853/resource/be174574-7ac3-4a93-9627-82e81d89eff9/download/20200505_18wp_hpsp_barrierefrei.pdf
- Steenen, Thomas. 2002. Friesischer Schulunterricht in Nordfriesland im 20. und 21. Jahrhundert. *Nordfriesisches Jahrbuch* 38. Bredstedt/Bräist: Nordfriisk Instituut, 77-119. Terhart, Lena. 2022. Wieso, weshalb, warum? Friesisch in den Schulen Nordfrieslands im 21. Jahrhundert. *Nordfriesisches Jahrbuch* 58. Bredstedt/Bräist: Nordfriisk Instituut, 95-116.
- Versloot, Arjen. 2021. Sprachenvielfalt in Norddeutschland, Belgien und den Niederlanden: Ist der Niedergang unumgänglich? *Nordfriesland* 215, 18-22.
- Walker, Alastair. 2015. *North Frisian: The North Frisian language in education in Germany*, 3rd edn. https://www.mercator-research.eu/fileadmin/mercator/documents/regional_dossiers/northfrisian_in_germany_3rd.pdf

Sprach(en)politik zur individuellen und schulischen Mehrsprachigkeit: Sprach- und Schulwahl

Marco Triulzi (Rom) / Katja F. Cantone (Duisburg-Essen)

Mehrsprachige Erwerbsplanungen (Marten, 2016) lassen sich sowohl in der Institution Familie (u.a. Curdt-Christiansen, 2018) als auch in der Institution Schule (Krumm, 2004) erkennen. Dabei sind familiäre Entscheidungen für oder gegen den Erhalt vorhandener Sprachen (Spolsky 2012, Fishman 1991) nicht nur intrinsisch motiviert, sondern extern beeinflussbar (Olfert, 2019). Die Schule beeinflusst die Erwerbsplanung hinsichtlich der curricularen Mehrsprachigkeit. Eine Berücksichtigung bereits erworbener Sprachen ist – außer für den fakultativen Herkunftssprachenunterricht (HSU) – meist nicht curricular verankert. Jedoch sind europäische Städte von einer hohen sprachlichen Diversität geprägt (Extra & Yağmur, 2008, 2011; Olfert 2019). Im Fokus des Beitrags steht die Perspektive von Schulkindern vor und nach dem Übergang in die weiterführende Schule bezüglich der zu wählenden “zweiten Fremdsprache” sowie ihre Wahrnehmung anderer Sprachen an der Schule. Datengrundlage sind zwei Interviewstudien mit Kindern aus mehrsprachigen Familien. Im Mittelpunkt der qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz, 2018) steht die Frage, inwieweit die von den Kindern lebensweltlich erworbenen Sprachen schulisch gefördert wurden und werden. Während die Studie von Triulzi (2023) den Fokus auf die Sprachkombination Deutsch-Italienisch (N=33, davon 8 vertiefende Interviews mit Kindern und 8 mit ihren Eltern) legte, finden sich in der Untersuchung von Cantone (2022) verschiedene Sprachkombinationen und sowohl zwei- als auch dreisprachige Familienkonstellationen (3 Interviews). Die Betrachtung der Perspektive Heranwachsender kann als neue Forschungsrichtung bezeichnet werden, die Kindern zugesteht, Selbstauskunft geben zu können, und die sie als Akteur:innen wahrnimmt (Fuhs 2012: 80–82). Ihnen wird somit eine “kindgerechte Partizipation an allen gesellschaftlich relevanten Bereichen” zugesprochen (ebd., S. 82).

Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass a) Kinder nicht in ihrem gesamtsprachlichen Repertoire wahrgenommen werden; b) Kinder und Eltern curriculare Fremdsprachen lebensweltlich erworbenen Sprachen vorziehen; c) Sprachfertigkeiten der Kinder nicht als Argument für a) oder b) herangezogen werden. Aus diesen Erkenntnissen werden Typen elterlicher Entscheidungen mit Blick auf Schulwahl und Sprachwahl modelliert, die in späteren Studien überprüft werden können.

Literatur:

- Cantone, K. F. (2022). Language exposure in early bilingual and trilingual acquisition, *International Journal of Multilingualism*, 19:3, 402-417, <https://doi.org/10.1080/14790718.2019.1703995>
- Curdt-Christiansen, X. L. (2018). Family Language Policy. In J. Tollefson, & M. Perez-Milans (Eds.), *The Oxford handbook of language policy and planning* (420-441). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190458898.013.21>
- Extra, G., & Yağmur, K. (2008). Mapping immigrant minority languages in multicultural cities. In M. Barni & G. Extra (Eds.), *Mapping linguistic diversity in multicultural contexts* (139-162). Berlin, DE: Mouton de Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110207347.3.139>
- Extra, G., & Yağmur, K. (2011). Urban multilingualism in Europe: Mapping linguistic diversity in multicultural cities. *Journal of Pragmatics*, 43(5), 1173-1184. <https://doi.org/10.1016/j.pragma.2010.10.007>
- Fishman, J.A. (1991) *Reversing Language Shift: Theoretical and Empirical Foundations of Assistance to Threatened Languages*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Fuhs, B. (2012). Kinder im qualitativen Interview – Zur Erforschung subjektiver kindlicher Lebenswelten. In: Heinzl, F. (ed.): *Methoden der Kindheitsforschung. Ein Überblick über Forschungszugänge zur kindlichen Perspektive*. Weinheim: Beltz Juventa, 80-103.
- Krumm, H.-J. (2004). Language policies and plurilingualism. In B. Hufeisen, & G. Neuner (Eds.), *The Plurilingualism Project: Tertiary Language Learning – German after English* (pp. 35-50). Council of Europe Publishing.
- Kuckartz, U. (2018). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis und Computerunterstützung*. Weinheim, Basel: Beltz.
- Marten, Heiko (2016). *Sprach(en)politik. Eine Einführung*. Narr: Tübingen.
- Spolsky, B. (2012). Family language policy – the critical domain, *Journal of Multilingual and Multicultural Development*, 33:1, 3-11, <https://doi.org/10.1080/01434632.2011.638072>
- Triulzi, M. (2023). Bilingualität im Italienischen und im Deutschen. Mehrsprachige Kinder im Übergang zwischen bilingualer Grundschule und monolingualer weiterführender Schule. Münster: Waxmann. <https://doi.org/10.31244/9783830998396>

Befremdung über „Fremdsprachen“ – die monolinguale Orientierung der Sprachenfächer in der multilingualen Schule

Dita Vogel (Bremen)

Seit Gogolin (1994) den monolingualen Habitus der multilingualen Schule herausgearbeitet hat, wird die ausschließliche Ausrichtung des Schulunterrichts auf in Deutschland erstsprachig Deutsch aufgewachsene Schüler*innen zunehmend kritisiert. Allerdings geschieht dies selten in Bezug auf die Erfordernisse zum „Fremdsprachen“-lernen (auch nicht von Gogolin 2018), auch wenn schon Gomolla und Radtke (2009 (2003), S. 285) darauf hingewiesen haben, dass das Erfordernis der „Viersprachigkeit“ für Kinder mit anderer Erstsprache den Übergang auf ein Gymnasium erschwert (Erstsprache, Deutsch, erste Fremdsprache, zweite Fremdsprache).

Ausgangspunkt meiner Beschäftigung mit schulischer (Fremd- und Herkunfts)-Sprachenpolitik (Vogel 2022) sind Beobachtungen in der Forschung zu transnationaler Mobilität in Schulen und in der Lehrkräftebildung an der Universität Bremen, die zu einer zunehmenden Befremdung darüber geführt haben, dass in Schulen nicht Sprachen, sondern ein schmales Set an „Fremdsprachen“ unterrichtet werden. Dabei geht es vor allem um die mangelnde Berücksichtigung von erstsprachlichen Kenntnissen. Zu diesem Thema habe ich eine Debatte im Rat für Migration initiiert (RfM 2021) und gemeinsam mit Yasemin Karakaşoğlu einen Policy Brief verfasst (Karakaşoğlu und Vogel 2021).

In diesem Beitrag aus der Perspektive einer Migrations- und Bildungsforscherin sollen einige irritierende Beobachtungen zum Ausgangspunkt genommen werden, um auf die rechtliche und administrative Organisation der schulischen Sprachenfächer hinzuweisen und Realitäten der Migrationsgesellschaft gegenüberzustellen, soweit dies mit öffentlichen Statistiken und Studien möglich ist. Ein Beispiel zur Illustration: Ein aus Lateinamerika zugewanderner Schüler erzählt, dass er an einem Gymnasium am Unterricht in Spanisch als zweite Fremdsprache teilnimmt. Das sei zwar langweilig, bringe ihm aber gute Noten, da er schon Spanisch lesen und schreiben könne. Es soll dargestellt werden, wie der Zugang von erstsprachlichen Schüler*innen zum fremdsprachlichen Unterricht reguliert ist und wie häufig er vorkommen kann. Darauf aufbauend wird die zentrale These der monolingualen Orientierung der Sprachenfächer in der multilingualen Schule begründet und gefragt, in welchen Bereichen eine schulische Sprachenpolitik, die migrationsgesellschaftliche Realitäten zur Kenntnis nimmt, sich ändern müsste.

Literatur:

- Gogolin, Ingrid (1994): Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule. Münster, New York: Waxmann Verlag.
- Gogolin, Ingrid (2018): Fremdsprachenunterricht. In: Ingrid Gogolin, Viola B. Georgi, Marianne Krüger-Potratz, Drorit Lengyel und Uwe Sandfuchs (Hg.): Handbuch Interkulturelle Pädagogik. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt (UTB Pädagogik, 8697), S. 491–496.
- Gomolla, Mechthild; Radtke, Frank-Olaf (2009 (2003)): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. 3. Aufl. Opladen: Leske + Budrich. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-97400-6>.
- Karakaşoğlu, Yasemin; Vogel, Dita (2021): Alle Sprachen zählen! Kompetenznachweis statt Belegverpflichtung bei der Anrechnung von Sprachen für das Abitur. Universität Bremen, Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung. Bremen (Policy Brief des Projekts Transnationale Mobilität in Schulen, 1). Online verfügbar unter https://tramis.de/wp-content/uploads/2021/11/TraMiSPolicyBrief1_Sprachenpr%C3%BCfung-fin.pdf, zuletzt geprüft am 25.11.2023.
- RfM (Hg.) (2021): Drei Sprachen sind genug fürs Abitur! Ein Reformvorschlag für den Abbau der Diskriminierung von mehrsprachig Aufgewachsenen bei Schulabschlüssen. Rat für Migration-Debatte 2020. Unter Mitarbeit von Redaktion Norbert Cyrus und Linda Supik. Rat für Migration. Berlin (RfM-Debatte). Online verfügbar unter <https://rat-fuer-migration.de/wp-content/uploads/2021/01/RfM-Debatte-2020-Abschlusspublikation-Drei-Sprachen-sind-genug-fuers-Abitur.pdf>, zuletzt geprüft am 29.01.2021.
- Vogel, Dita (2022): The development of educational policy positioning on multilingualism in the Federal Republic of Germany - Contradictory approaches towards 'foreign' and 'heritage' languages. In: *Linguistics and Education*, S. 101128. DOI: 10.1016/j.linged.2022.101128.

Die bibliothekarische Praxis und Informationsinfrastrukturen im sprachpolitischen Spannungsfeld

Tobias Weber (Frankfurt)

Institutionen wie Bibliotheken und Archive, deren zentrale Aufgaben die Speicherung und Verfügbarkeit von Wissen beinhalten, sind seit jeher wichtige politische Akteure. Zwar nehmen sie keinen direkten Einfluss auf die aufgezeichneten oder veröffentlichten Beiträge, steuern jedoch indirekt den gesellschaftlichen Diskurs. Diese Rolle der Gedächtnisinstitutionen diskutiert auch Derrida, der einen normativen Einfluss dieser Akteure ausmacht – in Zeiten von steigenden Lizenzkosten, Open Access, Big Data und einer stetig wachsenden Informationsmenge ist die Auswahl von Informationsträgern für diese Institutionen eine zentrale Tätigkeit, die sich über den Nutzerkreis in die Gesellschaft überträgt. Für Entscheidungsträger ist hierbei jedoch nicht nur die Nachfrage nach einzelnen Angeboten ausschlaggebend, sondern auch der gesellschaftliche bzw. wissenschaftliche Nutzen. Unter dieser Prämisse finden auch Werke in oder zu Minderheitensprachen Eingang in Bibliotheks- und Archivkataloge. Gleichzeitig entstehen nicht selten Schwierigkeiten in der genauen Erfassung und inhaltlichen Erschließung, wenn diese ohne Wissen über die thematische Verortung oder entsprechende Klassifikationen geschehen. Dies rückt erneut Bibliotheken in den Fokus sprachpolitischer Handlungen, sowohl in der konkreten Anwendung von Klassifikationen im Einzelfall als auch bei der Erstellung von (normativen) Referenzen und Klassifikationssystemen. Wissenschaftliche Expertise und fachlich geschultes Personal helfen bei der korrekten und zeitgemäßen Benennung und Einordnung von Sprachen, Themen und Titeln, die über vernetzte Infrastrukturen wie Normdateien auch für Einrichtungen zur Verfügung stehen, die keinen fachlichen Schwerpunkt auf den betreffenden Sprachen haben.

Dieser Beitrag beleuchtet die sprachpolitische Bedeutung von Bibliotheken und ihren Diensten sowohl von einer theoretischen Seite als auch konkret am Beispiel des DFG-geförderten Fachinformationsdienstes Linguistik (www.linguistik.de), in dessen aktueller Förderphase bedrohte Sprachen ein eigenes Arbeitspaket darstellen. An diesem Beispiel soll der sensible Umgang mit Sprachbezeichnungen, die thematische Erschließung und Annotation von Beständen und darauf basierend die erhöhte Sichtbarkeit von (wissenschaftlichen) Publikationen zu sprachlichen Minderheiten in Deutschland als sprachpolitische Tätigkeit in der informationsinfrastrukturellen Entwicklung skizziert werden.

Sprachpolitik und Kosten-Nutzen-Analyse

Bengt-Arne Wickström (Budapest)

Formale Sprachrechte, etwa der Status als Amts-, Arbeits-, National- oder Regionalsprache, werden normalerweise den Sprechern einer Minoritätensprache in einem genau definierten Gebiet verliehen, sei es ein Landkreis, eine Provinz oder ein ganzes Land. Für eine Minderheitensprache in einem Bundesstaat variiert der Status in der Regel von Gebietskörperschaft zu Gebietskörperschaft, abhängig von der Anzahl der Sprecher in den verschiedenen Regionen. Wir argumentieren, dass Minderheiten sehr unterschiedlich sein können, und daher die formalen Regeln flexibel zu gestalten sind.

Wir stellen einen analytischen Rahmen für eine normative Sprachpolitik auf, die auf einer Kosten-Nutzen-Analyse aufbaut. Zunächst wird die Nutzenseite unter der Annahme, dass der Nutzen im Wesentlichen proportional zur Anzahl der Begünstigten einer bestimmten Planungsmaßnahme ist, definiert. Wir argumentieren dann, dass die Kosten der Planungsmaßnahme als Funktion zweier Variablen »Anzahl der Begünstigten« und »Größe des Siedlungsgebietes der Minderheit« beschrieben werden können. Die Form dieser Funktion wird von der Art der Planungsmaßnahme bestimmt. Die Kosten offizieller Dokumente in einer Minderheitensprache sind größtenteils von sowohl der Siedlungsstruktur als auch von der numerischen Größe der Minderheit unabhängig. Ambulante Krankenpflege in einer Minderheitensprache andererseits verursacht Kosten, die mehr oder weniger proportional zur Größe des Wohngebietes und der Anzahl der Nutznießer sind. Zweisprachige Straßenbeschilderung verursacht Kosten, die mit der räumlichen Größe des relevanten Gebietes steigen, aber unabhängig von der Anzahl der Nutznießer sind. Die Kosten individueller Antworten einer Behörde auf Briefe der Staatsbürger in der Sprache des Briefes sind größtenteils unabhängig von der Größe der Gebietskörperschaft, aber steigen mit der Anzahl der Bürger, die den Dienst in Anspruch nehmen.

Diese Eigenschaften der Sprachpolitikmaßnahmen bedeuten, dass unter Berücksichtigung der Kosten und der Kostenstruktur die Maßnahmen der Sprachpolitik flexibel gestaltet und individuell für jede Minderheit ihrer spezifischen Eigenschaften angepasst werden müssen. In der Praxis müssen andererseits unter Berücksichtigung der Verwaltungskosten einfache Planungsregeln herangezogen werden. In der Gestaltung einer sinnvollen Minoritätensprachpolitik muss dieser Abtausch berücksichtigt werden. Eine Möglichkeit ist verschiedene Minderheiten zu typologisieren und für jeden Typ eine Kategorie – Sammlung von Planungsmaßnahmen – zu definieren. Die Sprachpolitik besteht dann aus der Implementierung solcher unterschiedlicher Kategorien für unterschiedliche Typen von Minderheiten.

Literatur:

- TEMPLIN, TORSTEN, ANDREA SEIDL, BENGT-ARNE WICKSTRÖM und GUSTAV FEICHTINGER (2016). »Optimal language policy for the preservation of a minority language«, in: *Mathematical Social Sciences* 81: 8–21. DOI: doi.org/10.1016/j.mathsocsci.2016.03.006.
- WICKSTRÖM, BENGT-ARNE (2019). »The percentage rule for minority-language rights: Inadequate or discriminatory«, in: *Język, Komunikacja, Informacja* 14. Herausgegeben von ILONA KOUTNY und IDA STRIA: 72–84.
- (2020). »On the political economy of minority rights. Three ways to manipulate a minority: Goals, rules, and border poles«, in: *European Journal of Political Economy* 64: 101894 (16 Seiten). ISSN: 0176-2680. DOI: doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2020.101894. URL: <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0176268020300422>.
- (2021). »Dynamics, costs and the survival of minorities: Optimal language policies for increasing the vitality of minority languages«, in: *Minorités linguistiques et société / Linguistic Minorities and Society* 17: 221–239. DOI: doi.org/10.7202/1084706ar. URL: <https://id.erudit.org/iderudit/1084706ar>.
- (2023). »Optimal and politically opportune language policies for the vitality of minority languages«, in: *Rationality and society* 35.4: 448–479. DOI: doi.org/10.1177/10434631231186067.
- WICKSTRÖM, BENGT-ARNE und MICHELE GAZZOLA (2024). »The economics of language policy and planning«. In: *The Routledge handbook of language policy and planning*. Herausgegeben von MICHELE GAZZOLA, FRANÇOIS GRIN, LINDA CARDINAL und KATHLEEN HEUGH. Abingdon: Routledge. Kapitel 10: 158–171. ISBN: 978-1138328198. DOI: doi.org/10.4324/9780429448843-12.
- WICKSTRÖM, BENGT-ARNE, MICHELE GAZZOLA und TORSTEN TEMPLIN (2018). »Do costs matter in language policy?« In: *The MIME vademecum: Mobility and inclusion in multilingual Europe*. Herausgegeben von FRANÇOIS GRIN, MANUEL CÉLIO CONCEIÇÃO, PETER A. KRAUS, LÁSZLÓ MARÁCZ, ŽANETA OZOLIŃA, NIKE K. POKORN und ANTHONY PYM. Geneva: MIME Project. Kapitel 11: 50–51.
- WICKSTRÖM, BENGT-ARNE, NOÉMI NAGY, ANNELIESE RIEGER-ROSCHITZ und BALÁZS VIZI (2023). »Language (re)vitalization: What characterizes a sensible policy?«, in: *Language Problems and Language Planning* 47.2: Promoting linguistic vitality through public policy: The role of rules, costs and incentives. Herausgegeben von BENGT-ARNE WICKSTRÖM, NOÉMI NAGY, ANNELIESE RIEGER-ROSCHITZ und BALÁZS VIZI: 113–135. ISSN: 0272-2690. DOI: doi.org/10.1075/lplp.00102.wic.
- WICKSTRÖM, BENGT-ARNE, TORSTEN TEMPLIN und MICHELE GAZZOLA (2018). »An economics approach to language policy and linguistic justice«. In: *Language policy and linguistic justice: Economic, philosophical and sociolinguistic approaches*. Herausgegeben von MICHELE GAZZOLA, TORSTEN TEMPLIN und BENGT-ARNE WICKSTRÖM. Heidelberg: Springer. Kapitel 1: 3–64. DOI: doi.org/10.1007/978-3-319-75263-1_1.